

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Kuba-Aktivist:innen auf dem Bundesplatz, Bern. Quelle: zVg.

Gangster-Imperialismus der USA Die Welt im Würgegriff

Regime Change in Venezuela, Wirtschaftskrieg gegen Kuba, Drohungen gegen den Rest der Welt: Die USA versuchen, ihre globalen Machtansprüche mit Zwang und Gewalt durchzusetzen. Das Völkerrecht und internationale Normen werden von Trump dabei offen infrage gestellt.

Von Tarek Idri

Seit über 60 Jahren leidet Kuba unter einer erdrückenden Wirtschaftsblockade seitens der USA. Der ökonomische Krieg gegen den Inselstaat wurde im Februar zusätzlich auf die Spitze getrieben, indem eine komplette Treibstoffblockade verhängt wurde. Es kann praktisch kein Öl mehr an Kuba geliefert werden, weil die USA nun alle Länder mit enormen Sanktionen belegt, die weiter Handel mit Kuba treiben. Die kubanische Wirtschaft steht still, der öffentliche Transport ist stark eingeschränkt, der Tourismus eingebrochen. Aber auch lebensnotwendige Bereiche werden durch den Wirtschaftskrieg getroffen: Die Benzinknappheit führt zu Stromausfällen, welche die Kühlketten bei Medikamenten und Lebensmitteln unterbricht. In den Spitälern können nur noch zwingend notwendige Operationen durchgeführt werden. Es ist nicht auszuschliessen, dass es auf Kuba unmittelbar zu einer schweren humanitären Katastrophe kommen könnte, sollten die USA die Blockade gegen das Land aufrechterhalten.

Völkerrecht: unnötig

Anfang 2025 haben wir in dieser Zeitung geschrieben, dass Trumps Politik ein «Imperialismus ohne Maske» sei, dass ohne diplomatische Fassaden die globalen Machtansprüche der USA mit offenem Zwang und mit Gewalt durchgesetzt werden. Die erzwungene Abschneidung Kubas von Treibstoffen und vom internationalen Handel zeigt dies deutlich. Das ganze erste Amtsjahr von Trump ist eine Bestätigung für diese Einschätzung. Trump hat den Genozid an den Palästinenser:innen um Monate verlängert und beteiligt sich nun an der Besatzung des Gaza-Streifens. Er hat zusammen mit Israel den Iran bombardiert und vor Kurzem

offen zum Sturz der iranischen Regierung aufgerufen. Mit Zollkriegen gegen den Rest der Welt versucht Trump, Investitionen in die USA zu erzwingen. Nicht zuletzt wurde der demokratisch gewählte venezolanische Präsident Nicolás Maduro aus seinem Land entführt und Venezuela einer neokolonialistischen Herrschaft unterworfen.

Die Offenheit, mit der die USA gegenwärtig ihre imperialistische Politik betreiben, scheint neu zu sein. Man gibt nicht mehr vor, das internationale Recht, das Völkerrecht einzuhalten. In einem Interview mit der New York Times Anfang 2026 gibt Trump geradeheraus zu Protokoll: «Meine eigene Moral. Mein eigener Verstand. Das ist das Einzige, was mich aufhalten kann. Ich brauche kein internationales Recht.» Frühere US-Regierungen haben regelmässig, unablässig das Völkerrecht gebrochen, aber sie haben immer den Anschein zu wahren versucht, dass sie sich an internationale Normen halten würden. Stefan Oeter, Professor für Völkerrecht an der Universität Hamburg, erklärte gegenüber Infosperber: «Ich sehe keinen ernsthaften Ansatzpunkt, die ökonomische Erdrosselungsstrategie der US-Regierung in irgendeiner Weise völkerrechtlich zu rechtfertigen. Dies ist Teil des Komplexes der überschüssenden US-Sanktionsregimes mit übergriffig extraterritorialer Reichweite. Unter dem gegenwärtigen Völkerrecht gibt es eigentlich keine Befugnis, anderen Staaten vorzuschreiben, mit wem sie wie Handel treiben (oder nicht).»

Erdöl im Visier

Der Überfall der USA auf Venezuela dürfte alle Illusionen, die man über die US-Politik hegen könnte, hinweggefegt haben. Der indische

Ökonom Prabhat Patnaik nennt diese Form des Imperialismus treffend einen «Gangster-Imperialismus». Am 4. Januar wurde der amtierende Präsident Nicolás Maduro mit seiner Frau von der US-Regierung entführt und in Handschellen in die USA überführt. Man spielte keinen Militärputsch vor mit der CIA im Hintergrund; es handelte sich direkt um eine offene Militäroperation in einem souveränen Land, die vom US-Präsidenten befohlen wurde. Dabei wurde nicht einmal verhehlt, weshalb man den Präsidenten Venezuelas entführt hat: Erdöl. Das venezolanische Öl würde angeblich den USA gehören. «Sie haben unser Öl gestohlen», liess Trump verlauten. In Zukunft würden deshalb «seine» Leute Venezuela regieren. Bemerkenswerte Worte kamen nach dem US-Überfall auch von Kriegsminister Pete Hegseth: Die Dominanz der USA in der ganzen Welt sei so bewiesen worden. «Die USA sind zurück!» Die angebliche Oppositionspartei der Demokraten beklagte sich vor allem darüber, dass bei der Militärintervention nicht alles ordentlich nach US-Recht ablief, reichte sich aber ein in die Hetze gegen Maduro, womit der Regime Change letztlich doch gerechtfertigt wird.

Ein Schiffskonvoi für Kuba

Die Angriffe der USA auf die Rechte der Palästinenser:innen und auf die Souveränität von Ländern wie Venezuela und jetzt Kuba lassen die Menschen weltweit nicht kalt. Die Proteste für ein Ende des Genozids in Gaza und die Boykott-Kampagne von BDS gehen weiter. Für Kuba plant ein Bündnis aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Hilfsorganisationen im März, einen internationalen Schiffskonvoi zu organisieren, um Lebensmittel, Medikamente und Hilfsgüter in das drangsalierte Land zu bringen. Auch viele andere Hilfs- und Solidaritätsorganisationen haben Aktionen lanciert, um der kubanischen Bevölkerung beizustehen. Medicuba-Europa hat einen dringenden Aufruf gestartet, dem sich Medicuba-Schweiz und die Vereinigung Schweiz-Cuba angeschlossen haben. Mehr Infos zu dieser Hilfsaktion auf Seite 6.

Aus dem Inhalt

Überleben in Gaza	2
Ende vom New-START-Abkommen	3
Aufrüstung zerstört die Umwelt	4
Zensur in Zeiten der Kriege	5
Offener Brief aus Kuba	6
Vernunft oder Selbstzerstörung	7
Chronologie des Ukraine-Kriegs	8

Bodensee-Friedensweg 2026: Grenzen überschreiten – Friedenskultur leben

Ostermontag, 6. April 2026 – Konstanz / Kreuzlingen

Unter dem Motto «Wir ent-rüsten uns! Friedenskultur gemeinsam leben» findet am Ostermontag, den 6. April 2026, der nächste Internationale Bodensee-Friedensweg statt – ein kraftvoller, grenzüberschreitender Impuls für Abrüstung, Klimagerechtigkeit und kollektive Sicherheit im Herzen Europas. Der Friedensweg beginnt in Konstanz (D) und führt über die Grenze nach Kreuzlingen (CH) – begleitet von Musik, eindrucksvollen Redebeiträgen und einem sichtbaren Zeichen zivilgesellschaftlichen Engagements. Menschen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein sind eingeladen, gemeinsam für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Zukunft einzustehen.

«Frieden ist kein Zustand – Frieden ist eine Haltung.» Diese Haltung bringt der Friedensweg sichtbar in Bewegung: über Grenzen hinweg, mit Entschlossenheit und Zuversicht.

Zu den Redner:innen zählen unter anderem Jürgen Grässlin, einer der profiliertesten Rüstungskritiker im deutschsprachigen Raum, sowie Helena Nyberg, Menschenrechtsbeobachterin bei der UNO für Incomindios und Vorstandsmitglied der WILPF Schweiz. Sie bringt feministische Perspektiven auf Sicherheit und Friedenspolitik ein.

Start: Konstanz, Konzertmuschel im Stadtgarten

Beginn: 12:30 Uhr Einstimmung und gemeinsames Einsingen zu einem «Singmeer»

13:00 Uhr: Offizielle Eröffnung

Ziel: Hafenaerial Kreuzlingen (CH), Abschluss gegen 16:30 Uhr



Die Friedensbewegung stärken!

Die internationale politische Lage ist momentan äusserst angespannt. Es ist dringend notwendig, dass wir gemeinsam die Friedensbewegung in der Schweiz stärken und weiter aufbauen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die der Forderung nach Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten sowie nach einem Ende des Wirtschaftskrieges gegen Kuba und Venezuela Gehör verschafft, sich offensiv Waffenlieferungen und Kriegsmaterialexporten entgegenstellt und konsequent auf friedliche Lösungen und Abrüstung beharrt. Die Schweizerische Friedensbewegung plant für die nächsten Monate weitere Kampagnen und Aktionen zu diesem Zweck. Für diesen Kampf für den Frieden, für unsere friedenspolitischen Projekte und Kampagnen sind wir auf Deine Mithilfe und grosszügige Spende angewiesen.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.
Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel

Vielen Dank!



Nach dem «Waffenstillstand»

Überleben in Gaza

Auf dem Papier wurde im Gazastreifen ein Waffenstillstand beschlossen – doch vor Ort geht die Vertreibung und Zerstörung durch die israelische Besatzungsmacht weiter. Die Hilfslieferungen bleiben eingeschränkt, Preise für lebensnotwendige Güter explodieren und Unwetter zerstören die Zeltlager der Binnenflüchtlinge. Ziad Medoukh berichtet für Unsere Welt direkt aus Gaza.

Von Ziad Medoukh

Anfang 2026. Es fällt mir schwer, nach mehr als zwei Jahren schrecklicher Aggression Bilanz zu ziehen. Gaza ist eine zerstörte Enklave, 2,3 Millionen Palästinenser wurden von der internationalen Gemeinschaft nach 28 Monaten der Aggression sich selbst überlassen. Die Lage ist dramatisch, trotz des Waffenstillstands vom 13. Oktober. Dieses fragile Abkommen wird von der Besatzungsmacht ständig verletzt. In drei Monaten wurden bereits fast 436 Palästinenser getötet und 1250 verletzt. Ende Dezember letzten Jahres hat die UNO mit 164 zu 8 Stimmen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser beschlossen. Doch die Palästinenser sind eingesperrt, in Gaza wie in der Westbank; ihre Besitztümer werden zerstört oder geplündert, ihre Landflächen beschlagnahmt.

Gaza wurde vergessen

Jetzt zieht die Besatzungsmacht eine «gelbe Linie» innerhalb des Gazastreifens. Sie hindert die Palästinenser daran, ihre Häuser oder das, was davon übrig ist, auf der anderen Seite der von der Armee als «neue Grenze des Gazastreifens» bezeichneten Linie zu besuchen. De facto bedeutet dies, dass den Gaza-Streifen um 58 Prozent seiner Fläche verkleinert wird – und das ohne jegliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft, die Gaza vergessen hat und seit dem 13. Oktober kaum noch erwähnt. Es gibt einen Waffenstillstand, also ist alles in Ordnung...

Die Situation ist tragisch für alle Palästinenser in Gaza, insbesondere für die in Zelten lebenden Binnenflüchtlinge. Es gab mehrere extreme Regenfälle und Stürme (zwischen Ende November 2025 und Anfang Januar 2026), die 29000 Zelte zerstört haben. Diese von internationalen Organisationen verteilten Zelte waren bereits beim Eintreffen beschädigt. Sie sind nicht stabil, sondern für eine Nutzung von wenigen Wochen (im Sommer und nicht im Winter) vorgesehen.

Die Bürger, die nicht durch die Kugeln des Besatzers getötet werden, sterben an Unterkühlung oder unter den Trümmern von Gebäuden. Während die Stadt von Überschwemmungen heimgesucht wird, stürzen die Häuser unter dem Einfluss von Unwettern ein, und die humanitäre Hilfe ist nach wie vor unzureichend. Während dieser Regenfälle und Gewitter wird

die Stadt überflutet. Das Wasser dringt in die Zelte und die Kälte dringt in die Haut der Kinder ein. In der besetzten Westbank verschlechtert sich die Situation kontinuierlich, mit militärischen Einsätzen in palästinensischen Städten, blutigen Angriffen von Siedlern und der Beschleunigung der Kolonisierung.

Ich bin wütend

Die grosse Mehrheit der Palästinenser in Gaza leben mittlerweile in Zelten, da sie alles verloren haben. Nur 10 Prozent von ihnen leben noch in ihren eigenen Häusern, selbst wenn diese teilweise zerstört sind. Etwa 15 Prozent haben eine Wohnung oder ein Haus gemietet.

Ich selber lebe in einem zerbombten Haus, zusammen mit sieben weiteren Familien. Wir versuchen, uns anzupassen: Da es keine Fenster gibt, verwenden wir Plastikschutzvorrichtungen, aber die sind nicht stabil und reissen leicht unter dem Einfluss des Windes. Wir müssen oft neue kaufen, aber das ist schwierig.

Selbst die Menschen, die in einem Haus oder einem Gebäude wohnen, leiden. Sie müssen eine hohe Miete sowie Wasser und Strom bezahlen, während diese Dienstleistungen für die in Zeltlagern untergebrachten Binnenflüchtlinge kostenlos sind, ebenso wie Lebensmittel.

Die Stadt Gaza erhält nicht genügend Nahrungsmittel. Von den 600 in der Feuerpause vereinbarten LKWs können nur 120 im Süden und 50 bis 80 im Norden einreisen.

Während Luxus-Handys, Getränke und Zigaretten für die lokalen Händler importiert werden, ist die Einfuhr von Heizöl, Gas, Zelten, Solarmodulen, Medikamenten, Tischen, Stühlen, Kleidung, Schuhen, Küchenutensilien, Schulmaterialien und anderen notwendigen Produkten und Materialien verboten.

Die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist immer noch auf den Beinen, sie versucht mit einer beispielhaften Resilienz und einer enormen Geduld, allen Schwierigkeiten vor Ort und der täglichen Qual zu trotzen. Heute bin ich wütend auf die internationale Gemeinschaft, auf internationale Organisationen, auf die Besatzung, auf die offizielle Welt, die die Palästinenser in Gaza ohne Nahrung, ohne Trinkwasser, ohne Medikamente, ohne jegliche Perspektive zurücklässt.

Internationale Solidarität

Was mir hilft, ist die Zärtlichkeit meiner Mutter, ihre Liebe, ihre Ratschläge. Wenn ich mich machtlos fühle, gehe ich zu ihr. Sie wohnt zwei Kilometer von mir entfernt bei meinem Bruder. Meine Mutter ist für mich ein Rückzugsort. Sie ist aus Jaffa geflüchtet und kam 1948 nach Gaza, wo sie 1958 meinen Vater, der in Gaza geboren wurde, kennengelernt hat. Von meinem Vater, der 2004 verstorben ist, habe ich gelernt, andere zu respektieren, an mich selbst zu glauben und an die Heimat gebunden zu sein. Von meiner Mutter lerne ich Würde und die Liebe zum Leben.

Meine Mutter lehnt Geschenke und Hilfe ab, selbst von ihren Kindern. Sie ist 83 Jahre alt, hat Knieprobleme, ist aber robust und hat ein gutes Gedächtnis. Wenn ich sie besuche, spricht sie nie über die aktuelle Aggression. Stets sehr würdevoll, erzählt sie mir vom Leben in Gaza von 1949 bis 2023. Ich liebe es, wenn sie mir von ihrer Kindheit in Jaffa, ihrer Begegnung mit meinem Vater und ihrem Leben inmitten der vielen Aggressionen, die ihr Land durchlitten hat, erzählt. Wenn sie mir von ihrem Leben als Kämpferin mit meinem Vater erzählt, beruhigt mich das. Ich empfinde ein kleines Mass an Erleichterung und sie ist einer der Gründe, warum ich Gaza nie verlassen wollte.

Was uns ebenfalls Trost spendet, ist die Mobilisierung der solidarischen Menschen aus aller Welt, ihre Aktionen, die Kundgebungen, die Demonstrationen überall auf der Welt, die Initiativen, die sie ergreifen, um die Palästinenser zu unterstützen (Märkte, Solidaritätsveranstaltungen, Unterstützungsaktionen usw.).

Ich persönlich erhalte täglich Nachrichten, vor allem aus den französischsprachigen Ländern, und sehe, dass die Solidarität und der Kampf für die palästinensische Sache weitergehen.

Weiterkämpfen und durchhalten

Ich liebe meine Stadt, aber Gaza ist leider unbewohnbar geworden. Durch die anhaltenden Bombardierungen, die Zerstörung, die Wasserknappheit, den Nahrungsmittelmangel, den Strom- und Medikamentenmangel ist Gaza als Stadt am Boden. Aber ich habe noch die kleine Hoffnung, dass sich etwas ändert und dass es eine neue Lebensperspektive gibt (denn jetzt ist es nicht mehr Leben, sondern nur noch Überleben). Deshalb kämpfe ich weiter, um durchzuhalten.

Das ist ein kleiner Überblick über mein Leben in Gaza nach 28 Monaten furchtbarer Aggression. Ich versuche, stark zu bleiben, auch wenn das nicht immer einfach ist. Meine Stelle ist hier, mit der Bevölkerung, auch wenn ich vor zwei Monaten meine beiden älteren Söhne, 25 und 27 Jahre alt, nach Italien schicken konnte, wo sie ein Stipendium für ein Studium erhalten haben. Das gibt mir etwas Erleichterung, denn trotz ihrer Abschlüsse hatten sie in Gaza keinen Job gefunden, nicht einmal ehrenamtlich (die Arbeitslosenquote liegt bei über 96 Prozent).

Ich bleibe hier und kümmere mich um den Rest meiner Familie: meine Frau und meine drei Kinder. Ich kümmere mich oft um die Jugendlichen und Kinder in meiner Stadt und um die bedürftigen Familien in meinem Viertel, mit der Unterstützung einiger Freunde und Vereine, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Ich hege die kleine Hoffnung, dass sich die Situation ändern wird, dass Gaza wieder aufgebaut wird und dass sich die internationale Mobilisierung bis zur Befreiung Palästinas fortsetzt.

Ich werde ohne Unterlass weitermachen und all meine Energie einsetzen, um Freude zu verbreiten, damit die Flamme der Hoffnung nicht erlischt.



Aktion der SFB für ein Atomwaffenverbot. Quelle: zVg.

Atomwaffen verbieten!

Initiative eingereicht

Die Schweizer Stimmberechtigten können über ein Atomwaffenverbot abstimmen – die Initiative wurde im Dezember erfolgreich eingereicht. Der Bundesrat hatte bisher auf undemokratische Weise einen Beitritt zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag blockiert, weil er die Zusammenarbeit mit dem NATO-Kriegsbündnis nicht «gefährden» möchte.

Von Tarek Idri

Im Dezember wurde die Initiative für ein Atomwaffenverbot erfolgreich mit weit mehr als den erforderlichen 100000 Unterschriften eingereicht. Das bedeutet, es wird eine nationale Abstimmung darüber geben, ob die Schweiz dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Mit diesem Vertrag, den bereits 95 Länder unterschrieben haben, darunter Österreich und Irland, wird der Handel, die Produktion, der Besitz und natürlich der Einsatz von Atomwaffen verboten. Atomwaffen haben grauenhafte Folgen für die Bevölkerung und die Natur: Verbrennungen, Missbildungen, Krebs, genetische Krankheiten, vergiftete Umwelt... Noch Jahrzehnte später hat ihr Einsatz aufgrund der Strahlenverseuchung tödliche Konsequenzen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist ein Mittel zur internationalen Ächtung dieser Massenvernichtungswaffe und verstärkt den Druck auf die Atommächte, sich für die nukleare Abrüstung zu engagieren.

Der Bundesrat weigert sich bis heute, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben, obwohl das Parlament entschieden hat, dass der Vertrag «unverzüglich» ratifiziert werden muss. Die Regierung begründet ihr undemokratisches Handeln damit, dass der Vertrag «negative politische Auswirkungen auf die Kooperation der Schweiz mit NATO-Staaten» haben könnte. Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag wäre es der Schweiz «rechtlich verwehrt, einer Verteidigungsallianz beizutreten, die auf nuklearer Abschreckung beruht». Im Klartext möchte der Bundesrat sich weiter an das Kriegsbündnis NATO annähern und sich sogar die Option offen halten, der NATO ganz beizutreten!

Im Dialog bleiben

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) hatte vor Lancierung der Atomwaffenverbots-Initiative eine Petition mit gleichem Inhalt mit 5000 Unterschriften an den Bundesrat eingereicht. Auch für die Initiative hat die Friedensbewegung Unterschriften gesammelt, obwohl sie nicht Teil des Initiativkomitees war. Da die SFB immer wieder darauf angesprochen wird, weshalb sie nicht im Komitee dabei ist, wollen wir hier kurz darauf eingehen. Die SFB hatte bereits vor der Lancierung der Initiative einen Beitritt zum Komitee beantragt. Der Beitritt wurde vom Komitee abgelehnt mit der Begründung, dass die Friedensbewegung die Atommacht Russland «mit keinem Wort» kritisiere und (einseitige) Sanktionen nicht unterstütze.

Es reicht ein Blick auf die Webseite, um zu sehen, dass die SFB selbst-

verständlich auch die russische Seite kritisiert. Beispielsweise hier: «Der Ukraine-Krieg hat zu einer Situation geführt, in der sich Atommächte feindlich gegenüberstehen. Russland auf der einen Seite und das NATO-Kriegsbündnis hinter der Ukraine auf der anderen Seite haben nun ihre Raketen und atomaren Waffensysteme aufeinander gerichtet.» Auch die Ablehnung von Sanktionen bedeutet nicht die Unterstützung einer Kriegseite, sondern hat wohlüberlegte Gründe, wie man aktuell bei der Wirtschaftsblockade Kubas sehen kann. Die Friedenskräfte sind vielfältig, es wird immer wieder zu unterschiedlichen politischen Einschätzungen und Meinungsverschiedenheiten kommen. Man darf dabei aber nicht aufhören, untereinander im Gespräch zu bleiben und wo man kann, punktuell mindestens, eine Zusammenarbeit anzustreben. Die SFB wird mit den Friedenskräften weiterhin den Dialog suchen. In der gegenwärtigen Situation, wo auferüstet, das Völkerrecht missachtet und die Bevölkerung auf Krieg vorbereitet wird, ist die Zusammenarbeit umso wichtiger.

Sparen fürs Militär?

Auf nationaler Ebene ist die Atomwaffenverbots-Initiative nicht die einzige friedenspolitische Vorlage, für die man sich einsetzen muss. Am 14. Juni wird eine Gesetzesänderung über den Zivildienst zur Abstimmung kommen. Mit der Gesetzesänderung wird versucht, den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen muss aber als Recht erhalten bleiben, darum empfiehlt die Schweizerische Friedensbewegung dringend ein Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst.

Im Januar 2026 wurde ein Referendum gegen die Lockerung des Kriegsmaterialexportgesetzes gestartet. Damit soll verhindert werden, dass Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten exportiert und das Nichtwiederausfuhr-Verbot umgangen werden kann. Noch bis im April können Unterschriften gesammelt werden: kriegsmaterial-referendum.ch

Nicht zuletzt wird voraussichtlich im März ein Referendum gegen das sogenannte Entlastungspaket 27 (EP27) lanciert. Es handelt sich um ein ganzes Bündel von Kürzungsmassnahmen im Bereich der Bildung, Umwelt, im ÖV und Sozialwesen. Der Anlass für das Anziehen der Sparschraube ist in erster Linie die Aufrüstung der Armee. Mehrere Milliarden Franken werden zusätzlich ins Militär fliessen, was mit dem EP27 kompensiert werden soll. Auch hier unterstützt die SFB das Referendum.

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2026

Sonntag, 14. Juni 2026, 14.00 Uhr

mit anschliessendem Apéro

Restaurant Torstübli, im gedeckten Hinterhof
Riehentorstrasse 27, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Rechnung 2025 • Wahlen • Input zum Weltfriedensrat
Ausblick und gemeinsame Diskussion

Die Jahresversammlung ist öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen bitte mit Voranmeldung: mail@friedensbewegung.ch

Mehr Informationen kurz davor auf www.friedensbewegung.ch

Ende vom New-START-Abkommen

Über Sinn und Unsinn von Atomwaffen

Das New-START-Abkommen, welches am 5. Februar auslief, ist ein bilateraler Vertrag zwischen den USA und Russland zur Begrenzung der Atomwaffenarsenale. Wie berichtet SRF über das Abkommen? Welche Argumente und Stimmen kommen zu Wort und welche Fragen leiten sich daraus ab?

Von Tabea Sonnenberg

«New START» wurde als Nachfolgevertrag zum START-I-Vertrag (ausgelaufen 2009) zwischen Barack Obama und Dimitri Medwedew ausgehandelt. Es handelt sich um einen Vertrag zwischen den Atommächten USA und Russland, der die Zahl strategischer Atomwaffen auf jeweils 1550 nukleare Sprengköpfe und 800 Trägersysteme wie Raketen und Bomber begrenzt. Aus friedenspolitischer Sicht muss «New START» als begrenztes Rüstungskontrollinstrument betrachtet werden, denn es verlangt weder die Vernichtung von Sprengköpfen noch wird die Modernisierung von Atomwaffen verhindert. Bereits während der ersten Amtszeit von Donald Trump drängte Russland auf eine Verlängerung des Abkommens über die ursprüngliche Laufzeit von zehn Jahren hinaus, was Trump jedoch ablehnte. Unter Joe Biden wurde der Vertrag schliesslich um weitere fünf Jahre verlängert, lief aber am 5. Februar 2026 aus. Russland signalisierte erneut die Bereitschaft zu einer Verlängerung, während die USA darauf bislang nicht reagiert haben.

Sinnloses Abkommen?

Im SRF-Artikel von Fredy Gsteiger werden verschiedene Meinungen zu «New START» präsentiert, wobei die kritischen Stimmen überwiegen:

1. Der Vertreter der US-Denkfabrik Heritage Foundation, Robert Peters meint, die Weiterführung des Vertrags sei nicht im Interesse der USA. Denn es fänden keine Kontrollen mehr statt und ohne Kontrollen sei der Vertrag sinnlos, zudem sei es ebenfalls sinnlos, wenn China nicht einbezogen würde.

2. Wiedergabe der Meinung eines Vertreters vom Wiener Zentrum für Abrüstung, der früher für Russland Rüstungskontrollverträge aushan-

deltete, Nikolai Sokov: Ja, es brauche umfassendere Verträge, aber bis die ausgehandelt wären, sei eine Verlängerung des vorhandenen Vertrages besser als gar nichts.

3. Als «europäische Meinung» vorgestellte Ansicht des polnischen Transatlantikers Lukasz Kulesa: Europäer seien skeptisch gegenüber «New START», denn sie fürchten, das könne den Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa zur Folge haben. «Ebenso wenig könnte Europa es akzeptieren, falls auch die – ohnehin bescheidenen – nuklearen Fähigkeiten Frankreichs und Grossbritanniens beschnitten würden.» Doch genau das würden Russland und China verlangen, so Kulesa.

Die Meinungsschau wird mit einer Schlussfolgerung beendet: «Die Positionen liegen also weit auseinander. (...) Selbst eine provisorische Verlängerung von New Start ist unwahrscheinlich. Die vorläufige Perspektive bedeutet also noch mehr Atomwaffen und noch potentere; weniger Beschränkungen, weniger Kontrollen, weniger Transparenz und weniger Vertrauen. Das Risiko eines Atomkriegs steigt.»

Spannend ist die im Artikel unwidersprochene These, dass a) die Sicherheit Europas abnehmen würde, wenn weniger US-Atomwaffen in Europa stationiert wären und b) man es nicht akzeptieren könnte, wenn Frankreichs und Grossbritanniens nukleare Fähigkeiten beschnitten würden. Man kann auch gegenteilig argumentieren, wie im Folgenden gezeigt wird.

Schützen Atomwaffen wirklich?

Eine gängige These lautet: Atomwaffen schützen den Besitzenden vor einem Angriff durch eine (Atom-)

Macht. Gemäss der Abschreckungstheorie wird ein potentieller Gegner durch das Vorhandensein von Atomwaffen von einem Angriff abgehalten. Weil er nicht das Risiko eingehen will, in einem Atomkrieg selber komplett vernichtet zu werden.

Widerlegen kann man dies jedoch mit folgender Argumentation: Atomwaffen stellen keinen Schutz dar, weil man sie ohnehin nicht brauchen kann, wenn man nicht komplett ausgelöscht werden will. Denn ein atomarer Erstschatz gegenüber einer Atommacht wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durch einen atomaren Gegenschlag beantwortet. Denn es ist nicht möglich, mit einem atomaren Erstschatz alle atomaren Verteidigungsmöglichkeiten des Gegners oder seiner Verbündeten auszuschalten. Ein atomarer Erstschatz würde zu einem Dominoeffekt führen, der, so kann vermutet werden, in der Vernichtung der Menschheit enden würde.

Das Argument, dass Atomwaffen nichts nützen, weil man sie nicht einsetzen kann, wenn man nicht selber vernichtet werden will, wird gestützt durch historische Beispiele: Es gab durchaus Konflikte, in welchen die Partei im Besitz von Atomwaffen von einer anderen Partei angegriffen wurde. Bekannte Beispiele sind der Falklandkrieg (Argentinien vs. Grossbritannien), der Golfkrieg 1991 (Irak vs. Israel). Oder der Konflikt zwischen Indien und Pakistan (beide im Besitz von Atomwaffen), auch hier haben wir die Situation: der Besitz von Atomwaffen verhindert nicht, dass man in nicht-atomare kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt wird. Eine Atommacht wird ihre Atomwaffen erst einsetzen, wenn sie glaubt, nichts mehr zu verlieren zu haben. Daraus folgt für uns alle letzt-

lich nur die Hoffnung, dass sich keine Atommacht irgendwann in einer Lage wähnt, alles verloren zu haben.

Hohe Risiken

Niemand, der bei klarem Verstand ist und nicht das grosse Risiko seiner eigenen Auslöschung eingehen will, würde also einen atomaren Erstschatz beginnen. Aber es gibt doch einige relevante Akteure, bei denen zu diskutieren wäre, ob der Zusatz «bei klarem Verstand» zutreffend ist. Dazu kommt das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen wegen eines Fehlalarms in einem Frühwarnsystem für nukleare Bedrohungen. Je mehr verschiedene Akteure Atomwaffen besitzen, desto grösser das Risiko eines Atomkriegs, der das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Nun macht nicht nur der Besitz von Atomwaffen die Welt unsicherer, auch die Nähe zu Atomwaffenstandorten spielt eine Rolle. Denn in militärischen Doktrinen gelten Atomwaffenstandorte als «High-Value Targets» (Hochwertziel) – Gegner priorisieren sie, um die nukleare Vergeltungsfähigkeit früh zu neutralisieren, wie in US- und russischen Kriegsplänen dokumentiert wird. Die US-Atomwaffen in Europa sowie französische und britische Atomwaffen tragen demnach nicht zur Sicherheit bei. Im Gegenteil.

Geld und Status

Wenn also Atomwaffen die Sicherheit verkleinern und nicht erhöhen – warum sind denn trotzdem viele Länder am Besitz von Atomwaffen interessiert? Drei Gründe sind mit Sicherheit von Bedeutung:

Geld: Es sind beeindruckende Summen, die im Zusammenhang mit Atomwaffen von A nach B verschoben werden. Und alle, die auf der

«B-Seite» stehen, haben ein massives Interesse daran, dass Atomwaffen produziert werden. 2023 gaben neun Atomwaffenstaaten laut dem Anti-Atomwaffen-Bündnis ICAN rund 91,4 Milliarden US-Dollar für ihre nuklearen Arsenale aus, 2024 waren es bereits über 100 Milliarden US-Dollar. Und da hier Staaten als Akteure auftreten, sind es zu einem grossen Teil Steuergelder, mit denen solche Ausgaben bezahlt werden. Entsprechend müssen teilweise Bevölkerungen von ihrem Nutzen überzeugt werden. Es erstaunt deshalb nicht, dass Narrative kursieren, die den Sicherheitsaspekt der Atomwaffen betonen.

Statussymbol: Atomwaffen sind ein Statussymbol, besonders für Länder wie Frankreich und Grossbritannien, die ihren globalen Einfluss nach dem Kolonialzeitalter aufrechterhalten wollen. Weiter dient der Besitz oft dem Prestige und der Demonstration von Grossmachtstatus etwa bei den Vetomächten im UN-Sicherheitsrat oder bei neuen Atommächten wie Nordkorea.

Man wird sie kaum mehr los: Atomwaffen bleiben bestehen, weil keine Macht bereit ist, einseitig zu verzichten, solange andere welche besitzen. Eine wirksame Abrüstung wäre nur durch gleichzeitig geschlossene multilaterale Verträge möglich, die derzeit jedoch unrealistisch erscheinen, wie auch der Blick auf die anfangs genannten Ansichten bestätigt.

Damit schliesst sich der Kreis zu Gsteigers Beitrag mit der pessimistischen Prognose, der leider nicht widersprochen werden kann: «Die vorläufige Perspektive bedeutet mehr und stärkere Atomwaffen, weniger Beschränkungen, Kontrollen, Transparenz und Vertrauen – das Risiko eines Atomkriegs wächst.»

Zum 95. Geburtstag von Täve Schur

Gagarin der Landstrasse

Am 31. Januar 1999 empfing die Schweizerische Friedensbewegung zu ihrer 48. Jahrestagung einen illustren Gast: Die DDR-Radsportlegende Gustav Adolf «Täve» Schur. Am 23. Februar 2026 feierte der Magdeburger seinen 95. Geburtstag.

Von Martin Schwander

«Die einzigen Kanonen, zu denen wir Friedensaktivisten eine Affinität entwickeln können, sind Sportskanonen», meinte UW-Redaktor Heinz Moll in seiner Berichterstattung zur SFB-Jahrestagung 1999 in «Unsere Welt». Dies gilt in besonderem Masse dann, wenn sich diese «Kanonen» ganz dezidiert auch in den Dienst des Friedens stellen.

So wie Täve Schur. Der gelernte Maschinenmechaniker aus Heyrothsberge – zweifacher Strassenweltmeister der Radamateure, Silber- und Bronze-Gewinner an den Olympischen Spielen von Melbourne und Rom, sechsfacher DDR-Meister, neunfacher «DDR-Sportler des Jahres» und 1990 zum «Grössten Sportler der DDR» gewählt – sei beseelt von der völkerverbindenden Mission des Sports, meinte Heinz Moll in der UW zu Schurs Auftritt bei der SFB in Basel. In einem stark applaudierten Beitrag zum Thema «Friedensbewegung und Friedensfahrt» erinnerte die Radsportlegende an die Anfänge der Course de la Paix durch Mittel- und Osteuropa, die sich ab 1948 zum international bedeutendsten Amateurrennen der Welt entwickeln sollte.

Täve Schur gewann in seinen zwölf Teilnahmen insgesamt neun Etappen und kürte sich 1955 und 1959 gar zum Gesamtsieger. Die Friedensfahrt sei wegen ihres völkerverbindenden Geistes eines der edelsten Rennen

gewesen, die auf der Welt existierten, gab er dem Neuen Deutschland (ND) 2006 an seinem 75. Geburtstag zu Protokoll. Ab 1950 zierte die Friedenstaube, welche Picasso zur Weltfriedenskonferenz von Paris 1949 schuf, das offizielle Trikot der Rundfahrt, und dem Gesamtsieger winkte jeweils der Pokal des Weltfriedensrates.

Als «Juri Gagarin der Landstrasse» wurde Schur von Journalisten bezeichnet. Sie unterstrichen damit seine Popularität, die in der DDR locker an jene des ersten sowjetischen Kosmonauten heranreichte. Von 1959 bis 1990 war Täve Schur Abgeordneter der Volkskammer der DDR und von 1998 bis 2002 vertrat er die PDS, die heutige Linke, im Deutschen Bundestag. Im erwähnten Interview von 2006 fragte, was ihm die politische Karriere als Bundestagsabgeordneter gebracht habe, meinte er, im Gegensatz zu seiner Arbeit in der Volkskammer sei das Bundestagsmandat für ihn ohne wirkliche Erfolgserlebnisse geblieben. «Ich hatte mir beispielsweise eingebildet, im Bundestag etwas über den Schulsport bewegen zu können.» Es sei aber immer alles bloss zerredet worden. Nie hätte er geglaubt, dass ein so reiches Land seine Verpflichtung derart ignorieren würde, wenigstens etwas mehr für einen gesunden und gebildeten Nachwuchs zu tun.



Radfernfahrt für den Frieden 1955, zVg.

Noch heute erreicht Schur eine Menge Fanpost. In seinem Buch «Was mir wichtig ist» schrieb er dazu: «Die zumeist ostdeutschen Absender vermitteln viel plastischer, als ich es jemals könnte, ein Gefühl für die Zeit, in der wir alt geworden sind. Es rührte mich an, noch einmal dieses einzigartige Gefühl von Nähe und Vertrautheit zu spüren, das seinerzeit unser Zusammenleben bestimmte. Wir waren uns nah, fühlten uns füreinander und für die Welt verantwortlich. Nicht Not oder Überwachung zwangen uns zur Solidarität, sondern natürliche Mitmenschlichkeit. Heimat war nicht verordnet, sondern organisch gewachsen.»

In einer Grussbotschaft zu seinem 95. Geburtstag schrieb die SFB ihrem ehemaligen Referenten u.a.: «Du hast auf deinen triumphalen Fahrten oft Gegenwind, hast diesem stets getrotzt und nie den Windschatten gesucht. Heute stehen wir mit unsern Friedenssehnsüchten in einem ganz andern Gegenwind. Es ist der scharfe, beissende Westwind des neuen Alten Kalten Krieges, dem wir uns mit aller Kraft entgegenstrampeln müssen. Möge es uns gelingen wie dir weiland im Sattel.»

Aufruf an alle Kinder: Friedensbilder malen!

Liebe Kinder

Was bedeutet Frieden für euch? Ist es ein Ort ohne Streit? Menschen, die sich die Hand reichen? Eine bunte Welt, in der alle miteinander lachen? Oder vielleicht ein Symbol wie die Friedenstaube? Wir laden euch herzlich ein, euch Gedanken zum Thema Frieden zu machen. Malt, zeichnet oder gestaltet euer ganz persönliches Friedensbild – so, wie ihr es euch vorstellt.

Wer kann mitmachen?

Alle Kinder und Jugendlichen.

Was kann man machen?

Ein Bild zum Thema Frieden (mit eurem Namen und Alter auf der Rückseite).

Was passiert mit den Bildern?

Die Bilder werden in der nächsten Ausgabe unserer Friedenszeitung veröffentlicht.

Einsendeschluss:

1. Mai 2026 oder für die übernächste Ausgabe 1. August 2026

Einsenden an:

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel

Oder per Mail:

mail@friedensbewegung.ch



Gerechtigkeit und Frieden

Aufrüstung zerstört Umwelt und Klima

Die Staaten der Welt rüsten auf. Angeblich, um unser Leben, die Freiheit, den Wohlstand zu schützen. Fakten zeigen jedoch: Militarisierung und Aufrüstung haben horrende Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Statt die zentralen Grundlagen unserer Existenz tatsächlich zu schützen, beschleunigen sie deren Zerstörung.

Von Gabriela Neuhaus

Militarisierung und Aufrüstung dominieren den Diskurs. Längst haben Kriegsrhetorik und «Sicherheitsstrategien», die einzig auf militärisches Imponiergehabe bauen, die wahrhaft existenziellen Bedrohungen wie Klimaerwärmung und Umweltzerstörung aus den Schlagzeilen verdrängt. Auch in der Schweiz diskutiert man nicht mehr darüber, ob wir immer mehr Geld für die Armee verpulvern wollen, zur Debatte steht bloss noch das Wie und wie viel mehr. Letztendlich spielt es jedoch keine Rolle, ob die Finanzierung über neue Schulden, zusätzliche Steuern oder eine rigorose Sparpolitik erfolgt: Jeder Rappen, der für Rüstungsgüter ausgegeben wird, fehlt anderswo. Was dabei völlig ausgeblendet wird: Die aktuelle Aufrüstung verstärkt Klimawandel und Ressourcenverschleiss zusätzlich und befeuert letztlich, wovor sie uns zu schützen vorgibt.

Bereits 2022 warnte das Stockholmer Friedensinstitut Sipri vor einer neuen Ära komplexer und gefährlicher Risiken, hervorgerufen durch eine Zunahme militärischer Konflikte, bei gleichzeitigem Fortschreiten von Umweltzerstörung und Klimaerwärmung. Diese beiden Krisen müssten zwingend gemeinsam angegangen werden, was eine neue Sichtweise auf die Themen Frieden und Sicherheit erfordert: «Da die Umweltzerstörung Teil des Sicherheitsproblems ist, muss die Wiederherstellung der Umweltintegrität Teil der Sicherheitslösung sein», so die Sipri-Experten.

In welche Richtung dies gehen könnte, zeigt die Initiative der italienischen Physiker Carlo Rovelli und Matteo Smerlak, die u.a. von über 50 Nobelpreisträger:innen mitgetragen wurde. Sie haben den historischen Begriff der «Friedensdividende» für das 21. Jahrhundert neu interpretiert und 2021 die «Global Peace Dividend Initiative» lanciert. Die Idee dahinter: Sämtliche Mitgliedsländer der UNO einigen sich darauf, ihre Militärausgaben um je zwei Prozent zu kürzen. Das frei gewordene Geld soll zur Hälfte in einen Fonds fliessen, um gemeinsame Probleme wie Klimaerwärmung, Bekämpfung von Pandemien oder extremer Armut auf globaler Ebene anzugehen. Die andere Hälfte

verbleibe in den einzelnen Ländern, die mit den aus dem Militärbudget umgeleiteten Mitteln in die dringend notwendige, bislang jedoch wenig geförderte Erforschung friedlicher Lösungsansätze investieren könnten. Ein utopischer Vorschlag. Umso wichtiger, daran festzuhalten, zumal die Aufrüstungspropaganda alles daran setzt, die «Friedensdividende» zum verächtlichen Schimpfwort zu degradieren.

Auch die aktuellen Bestrebungen, schwere Verbrechen gegen die Umwelt beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuklagen zu können, gründen in einem ganzheitlichen Verständnis von Sicherheit und Frieden. Sie haben zum Ziel, dass künftig zusätzlich zu den im internationalen Recht verankerten Straftatbeständen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid auch das Verbrechen «Ökozid» eingeklagt und geahndet werden kann. Angesichts der aktuellen Situation unseres Planeten sei es wichtig, so der britische Völkerrechtsexperte Philippe Sands, dass der rechtliche Schutz der Menschen auf Ökosysteme und das Wohlergehen des Planeten ausgeweitet werde.

Krieg und Ökozid

Wie verheerend sich Kriege auf Umwelt und Klima auswirken, ist vielfach belegt. So verursachte etwa der Krieg in der Ukraine, laut Berechnungen der «Initiative on Greenhouse Gas Accounting of War» innerhalb von drei Jahren 237 Millionen Tonnen zusätzlichen CO₂-Ausstoss. Dies entspricht fast der doppelten Menge der im gleichen Zeitraum von der Schweiz emittierten Treibhausgase.

In die gleiche Kategorie gehören auch die immensen Schäden durch Kriegsmunition, die nicht nur töten und zerstören, sondern alles Leben in den betroffenen Regionen auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigen. So ist etwa der Boden entlang der einstigen Frontlinie bei Verdun über hundert Jahre nach dem Ende des ersten Weltkriegs immer noch mit Schwermetallen und Chemikalien verseucht. Ungezählte gefährliche Blindgänger liegen weiterhin unter der Erde, und an Orten, wo einst Gasgranaten lager-

ten, gedeihen heute gerade mal drei Pflanzenarten.

In Vietnam leiden die Menschen wie die Natur bis heute unter den katastrophalen Folgen des hochgiftigen Entlaubungsmittels Agent Orange, das die US-Armee vor 60 Jahren im Vietnamkrieg eingesetzt hatte. Im Nahen Osten sind ganze Landstriche infolge der im Irakkrieg eingesetzten uranhaltigen Munition und brennender Ölfelder dauerhaft vergiftet. Die prekäre Situation im Südirak wird heute zusätzlich durch die Klimaerwärmung und extreme Dürre verschärft. Auch das Pflanzengift Glyphosat, das Israel wiederholt als Kampfmittel im Südlibanon in hoher Konzentration über Felder und Olivenhaine versprüht, hat für die Menschen dort und ihre Umwelt jahrelange Folgen. Kurz: Ökozid wird nicht bloss als «Kollateralschaden» in Kauf genommen, sondern immer wieder auch gezielt als Waffe eingesetzt.

Geld- und Ressourcenverschleiss

Doch Militarisierung und Aufrüstung bedrohen unser Leben schon lange, bevor überhaupt ein Schuss fällt und es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Allein schon die Produktion von immer perfideren, umfassenderen Rüstungssystemen hat ein enormes Zerstörungspotenzial. Am offensichtlichsten ist dies bei den Atomwaffen. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich nach dem 2. Weltkrieg jene Wissenschaftler, die am Bau der ersten Atombomben beteiligt waren, vehement für eine Beschränkung der nuklearen Aufrüstung einsetzten. Damals mit einigem Erfolg. Im Gegensatz zu heute, wo die warnenden Stimmen im Getöse der Grossmachtspolitik untergehen. Die Abkommen zur Kontrolle und Begrenzung von Atomwaffen sind ausgefallen, auch im nuklearen Bereich wird wieder unkontrolliert in Aufrüstung investiert.

Entsprechend gehen die Ausgaben für Rüstungsgüter aktuell durch die Decke: Laut dem Sipri beliefen sich die weltweiten Militärausgaben 2024 auf eine Rekordhöhe von 2,7 Billionen Dollar, was einer Zunahme von fast 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. «Weltweit haben über 100 Länder ihre Militärausgaben erhöht», stellte Sipri-Forscher Xiao Liang für das Jahr 2024 fest – der Trend ist weiterhin steigend. Mit eklatanten Folgen: Wenn Regierungen militärische Sicherheit priorisieren, geht dies auf Kosten anderer Haushaltsbereiche wie Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Eine Tatsache, die zwar auf der Hand liegt, aber schlecht dokumentiert ist. Dies hat verschiedene Gründe. Zum einen ist es praktisch unmöglich, direkte Zusammenhänge zwischen dem Grad der Militarisierung einer Gesellschaft und deren wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu ermitteln oder gar zu messen. Und in jenen Bereichen, wo dies durchaus machbar wäre, fehlen die entsprechenden Daten. So spielen etwa die Auswirkungen militärischer Aktionen in der internationalen Klimapolitik bislang kaum eine Rolle: Auf Druck der USA hat man die Militäremissionen bei der alljährlichen Berichterstattung im Rahmen des Pariser-Abkommens weitgehend ausgeklammert. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 5,5 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen vom Militär verursacht werden – nicht miteinberechnet sind dabei allerdings Kriegshandlungen wie Brände, Schäden an Infrastrukturen und Ökosystemen sowie die Emissionen, die durch den Wiederaufbau und die medizini-



SFB-Aktivistinnen am Klimastreik 2025. Quelle: zVg.

sche Versorgung von Überlebenden anfallen. Die tatsächlichen Umweltfolgen von Aufrüstung und Krieg dürften deshalb ein Mehrfaches der aus Statistiken ermittelbaren Schäden betragen.

Umwelt, Gerechtigkeit und Frieden

Die kurzsichtige Priorisierung von militärischer Sicherheit mit Milliardeninvestitionen in eine Verschleiss- und Zerstörungsindustrie, führt in eine gefährliche Sackgasse. Zum einen, weil Aufrüstung Kriege nicht verhindert, sondern befördert. Vor allem aber, weil dringend notwendige Massnahmen zum Schutz unserer Umwelt und des Klimas leichtfertig der Kriegswirtschaft geopfert werden. Egal ob es um die Beschaffung von neuen Kampffjets, Fliegerabwehraketen oder Hightech-Drohnen geht – der damit verbundene Rohstoffverschleiss, inklusive fossile Energieträger, die für die Herstellung und den Betrieb der Kriegsmaschinen verheizt werden, ist kein Thema.

Die ohnehin schon schleppende Transformation hin zu einer umweltverträglichen, nachhaltigen Wirtschaft bleibt dabei auf der Strecke. Das im Pariser Abkommen festgehaltene Klimaziel einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad ist bereits nicht mehr zu erreichen – mit drastischen Folgen. «Dürren führen zu Ernteausfällen und Wasserknappheit, Überschwemmungen zwingen Menschen zur Flucht aus ihren Häusern, Wälder verschwinden, natürliche Ressourcen werden knapp, le-

benswichtige Ökosysteme sterben ab. All dies kann das Risiko von Konflikten erhöhen», fasste schon der Sipri-Bericht von 2022 zusammen.

Die alte Forderung der Umweltaktivist:innen nach einer sozial-verträglichen, global gerechten Energiewende ist heute aktueller denn je. Gleichzeitig steht sie in diametralem Widerspruch zur gegenwärtigen Mainstream-Politik, die auf militärische Sicherheit zur Wahrung nationaler Interessen setzt. Es erstaunt deshalb nicht, dass Greta Thunberg, deren radikales Engagement für eine zukunftsfähige Klimapolitik schon heftigen Widerspruch hervorrief, wegen ihres ebenso kompromisslosen Einsatzes für Gerechtigkeit im Nahen Osten erneut mit Hasstiraden überschüttet wird. Obschon – oder vielmehr weil – sie die Zusammenhänge zwischen Klimagerechtigkeit und Friedenspolitik klar benennt. In der Schweiz geriet die Lausanner Professorin und Umweltaktivistin Julia Steinberger aus den gleichen Gründen unter Beschuss. Die Umweltökonomin forscht und plädiert seit Jahren für eine Wirtschaft, die sich an den begrenzten Ressourcen unseres Planeten orientiert. Der Umstand, dass Klimawandel und Kriege beide durch Öl und Gas befeuert werden, ist für Steinberger gleichermaßen Grund zur Sorge wie für Hoffnung. Hoffnung, weil eine dezentrale, grüne Energiewende friedensfördernd wirke – Sorge aber auch, weil Umwelt- und Klimaschutz in der internationalen Kriegsbegeisterung völlig unterzugehen drohen.

Verstärkung im SFB-Sekretariat

Willkommen, Farah!

Erinnern heisst Vergessen, sagt die Kognitionswissenschaft. Sie weist damit auf die erstaunliche Entdeckung, dass das Erinnern von etwas zugleich das Vergessen anderer ähnlicher Inhalte auslöst. Was für die menschliche Kognition unlängst nachgewiesen wurde, ist für die Geschichtswissenschaft seit jeher Teil des Tagesgeschäfts und Grund ihres Fortbestehens. In der Geschichte bleibt immer etwas unterbelichtet, sei es aus Desinteresse oder aus politischem Unwillen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Erinnern an die Befreiung Europas von seinem eigenen Faschismus: Im Westen wird dem Umstand, dass die Sowjetunion den Alliierten angehörte und eine bedeutende Schlacht von der Roten Armee in Stalingrad entschieden wurde, meist weniger gedacht. Und Winston Churchill war für die längste Zeit seines Wirkens kein grosser antifaschistischer Kriegsheld, sondern ein Rassist, Kolonialist und Imperialist, der beispielsweise die Souveränität Indiens laut einer Historikerin als «gedankenlosen Verrat am britischen Empire» erachtete. Folgendes zu fragen ist für meine politische Aktivität grundlegend: Wer erzählt Geschichte? Und warum? Gerade für die Friedenspolitik sind diese Fragen zentral. Der Militarismus möchte uns von der Unvermeidbarkeit des Krieges überzeugen. Nur: Wer sagt dies? Und wa-



rum? Krieg ist laut einer Binse Politik mit anderen Mitteln. Stimmt das, so ist Krieg aber niemals notwendig – sondern wie alles Politische eine Sache der Aushandlung. Freilich mit einer Besonderheit: Durch Tod und Zerstörung legt er Aushandlung selbst still und nimmt die Möglichkeit zu einer anderen Zukunft. Daher bin ich überzeugt, dass Krieg, wo nur möglich, vereitelt werden muss; für mich als Kommunistin notwendigerweise durch Antimperialismus und damit letztlich durch die Abschaffung des Kapitals. Die SFB ist eine wichtige partei- und konfessionsübergreifende Instanz, um Friedensarbeit aus der Schweiz heraus voranzutreiben. Ich freue mich, diese im Sekretariat mitgestalten zu können.

Farah Grütter

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis fünf Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

Meinungsfreiheit unter Druck

Zensur in Zeiten der Kriege

Zensur bedeutet Einschränkung der Meinungsfreiheit und Kontrolle dessen, was Menschen lesen, schauen und hören können. Zensur ist eine Massnahme der Mächtigen gegen Untergebene. Während Regierungen von Staaten, die sich als «Demokratien» bezeichnen – wie zum Beispiel Deutschland, die Ukraine oder Israel – ihren Feinden Zensur vorwerfen, sind sie selbst Zensur geworden. Die Zensur können auf grosse Gruppen von Helfern zählen: Medien- und Techkonzerne, «Faktenchecker», NGOs («nichtstaatliche Organisationen»), öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen.

Von Ueli Schlegel

Zensur gibt es in allen kriegsführenden Staaten. In Russland sind vor allem auch Marxisten und Leninisten betroffen, die die Regierung kritisieren, wie zum Beispiel die jungen Marxisten aus der Stadt Ufa, denen vorgeworfen wird, sie hätten sich durch die Lektüre von Lenins «Staat und Revolution» auf eine «revolutionäre Machtergreifung in Russland» vorbereiten wollen, Sergei Stanislawowitsch Udalzew, ein Politiker der «Linken Front», der die Teilnehmer des Lesezirkels verteidigte, und der Marxist, Soziologe und Universitätsdozent Boris Juljewitsch Kagarlitzki. Sie alle erhielten mehrjährige Haftstrafen. So wurden natürlich auch Udalzew's Internetbeiträge und Kagarlitzki's Internetplattform «Rabkor» gestoppt.

Israel zensuriert ausser Al Dschasira auch zahlreiche weitere arabische Medien. Obschon sich der Genozid-Staat selbst als «Demokratie» bezeichnet, bestimmt die Obrigkeit, was das Volk lesen, hören und sehen darf. Palästinensische Oppositionelle werden arretiert, damit mundtot gemacht und in den israelischen Gefängnissen grausam gefoltert (dazu: «Israels hybride Kriegsführung» in Unsere Welt 1 / 2025).

Deutschland

Dieses Land hat eine lange und jeweils nur kurz unterbrochene Tradition von Zensurmassnahmen vom Mittelalter (gegen die Reformation), von diversen Fürstentümern, von Bismarcks Zensur ab 1862 über den ersten und zweiten Weltkrieg, über den Antikommunismus im Kalten Krieg bis heute. Die Zensur wird in Deutschland besonders gründlich durchgesetzt. Die deutsche Zensur ist für uns aus sprachlichen Gründen gut nachzuvollziehen, zugleich sind wir über die deutschsprachigen Radio- und Fernsehsendungen mit vielen deutschen Kommentator:innen und Redaktor:innen eng mit der deutschen Medienlandschaft verwoben. Einen ausgezeichneten Überblick über die Zensur im Laufe der Geschichte – mit dem Schwerpunkt auf Verbote im deutschsprachigen Raum – gibt das Buch «Zensur» von Hannes Hofbauer, das 2022 im Promedia Verlag erschien.

Die heutige deutsche Zensur kennt viele Wege:

- Hochschulpolitik (bekannte Fälle z.B. die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, die mit fadenscheinigen Begründungen ihre Professur für Europapolitik an der Universität Bonn verlor, nachdem sie sich kritisch zur Russlandpolitik Deutschlands und der EU geäussert hatte).
- Schulpolitik: Anklage gegen einen Schüler, der den Werbeanlass der «Bundeswehr» an seiner Schule in Freiburg im Breisgau kritisiert hatte – zur Abschreckung vor weiteren Widerstandsaktionen gegen die Militarisierung.
- Anklagen gegen Personen, die Regierungsvertreter kritisieren oder beleidigen (im Sinne des früheren Tatbestandes von «Majestätsbeleidigung»). Der deutsche Bundeskanzler Merz stellte Hunderte von Strafanzeigen

wegen Beleidigungen – wie schon der Wirtschaftsminister Habeck vor ihm.

- Kündigungen von Arbeitsverträgen mit Journalist:innen und Korrespondent:innen (bekannte Fälle z.B. Gabriele Krone-Schmalz, Karin Leukefeld oder der Journalist und Universitätsdozent Patrik Baab – sie wurden durch angepasste und besser kontrollierbare Mainstream-Korrespondent:innen ersetzt).
- Kurzfristige Kündigungen von Saalvermietungen; betroffen sind z.B. immer wieder Daniele Ganser, propalästinensische Gruppen und jüdische antizionistische Organisationen.
- Gerichtliche oder polizeiliche Verbote von Internetseiten und Blogs wie etwa jene von Russia Today deutsch (rt.de), der deutsch-russischen Bloggerin Alina Lipp, von Thomas Röper (Anti-Spiegel), und der propalästinensischen Seite red.media von Hüseyin Dođru – die ersten drei Internetseiten sind in der Schweiz mit einigen Einschränkungen weiterhin zugänglich, sodass mit einem «Virtual Private Network» (VPN) die Zensur umgangen werden kann.
- Anklage gegen Friedensaktivisten wie z.B. die Strafanzeige gegen Heiner Bücker wegen seiner Rede an einer Kundgebung in Berlin, die eine friedliche Nachbarschaft mit Russland zum Leitmotiv hatte.
- Einschüchterungen kritischer Personen durch den sogenannten «Verfassungsschutz», einen Inlandsgeheimdienst mit Ausschnüffelungsfunktion gegenüber missliebigen Gruppen und Parteien mittels Einsatz von «V-Personen».
- Das eines demokratischen Staates unwürdige Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956 – und natürlich deren Presse; es gab und gibt dem deutschen Staat die Möglichkeit, gegen linke Organisationen und Publikationen vorzugehen und beispielsweise die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) dauernd zu überwachen und mit aggressiven Phrasen zu diffamieren, wie der Text des Spionagedienstes «Verfassungsschutz Baden-Württemberg» über die DKP zeigt.
- Selbsternannte halboffizielle «Faktenfinder», oft unter dem Stichwort «Fakten-Checker» zu finden; von ihnen gibt es in Deutschland eine ganze Horde, dazu noch das IFCN (International Fact-Checking Network), dieses «zertifiziert» seinerseits die anderen, sowie das EDMO (European Digital Media Observatory), dieses überwacht und koordiniert die 27 europäischen «Fakten-Checker» – gemeinsam ist ihnen, dass sie vorgeben, genau zu wissen, was richtig und was falsch ist.
- Selbstzensur («die Schere im Kopf») aufgrund moralischen Drucks oder Karriereplanung; in der Zeitung «Die Welt» gibt z.B. die Leiterin des Politikressorts namens Claudia Kade die Linie an (sie wird auch auf Radio SRF oft interviewt); auch andere Redaktionen geben die politische Richtung vor, sodass jüngeren Journalist:innen schnell klar wird, wie sie spüren müssen, wenn sie sich nicht beruflich und menschlich isolieren wollen.
- De-Banking (wir kommen weiter unten im Zusammenhang mit den

Zensurmassnahmen der Europäischen Union darauf zurück).

Europäische Union (EU)

Die neueste Methode der Zerstörung oppositioneller Bewegungen und überhaupt regierungskritischer Stimmen ist das «De-Banking».

Beim De-Banking werden Organisationen und Einzelpersonen die Bankkonten gesperrt. Weil Bargeld heute nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, werden so sanktionierte Menschen praktisch handlungsunfähig, sie können nicht einmal mehr Lebensmittel und ihre Wohnungsmiete bezahlen. Personen, die De-Banking-Opfern helfen, werden ebenfalls kriminalisiert und mit Geldstrafen oder mehrjährigen Haftstrafen bedroht. Die Massnahmen ähneln rechtsgeschichtlich dem mittelalterlichen «Acht und Bann»; wie im Mittelalter sind sie von einem kleinen Personenkreis ohne demokratische Legitimation und ohne rechtliche Grundlage verhängt worden.

Eine Übersicht über einen Teil der Betroffenen liefert die Seite «Multipolar» in der De-Banking-Chronik. Die Liste ist unvollständig und im Moment bis zum 19.12.25 nachgeführt, sie enthält beispielsweise zwei betroffene Personen aus der Schweiz noch nicht: Nathalie Yamb und Jacques Baud. Die Schweiz beteiligt sich nicht an diesen persönlichen Sanktionen der EU, doch die beiden können nicht einmal mehr in die Schweiz einreisen, weil sie zur Zeit der Sanktionierung nicht im Land waren und nun nicht mehr durch EU-Staaten fahren können.

Den Betroffenen wird selbstverständlich mit dem De-Banking die Möglichkeit, Texte zu drucken oder im Internet zu publizieren, verunmöglicht.

Die Haltung der US-Regierung zum europäischen De-Banking ist widersprüchlich. Einerseits soll Trump das De-Banking als Massnahme gegen missliebige Politiker verboten haben, andererseits fusst es eben teilweise genau auf den umfassenden US-«Terrorlisten», die auch Kuba und zahlreiche linke Organisationen enthalten.

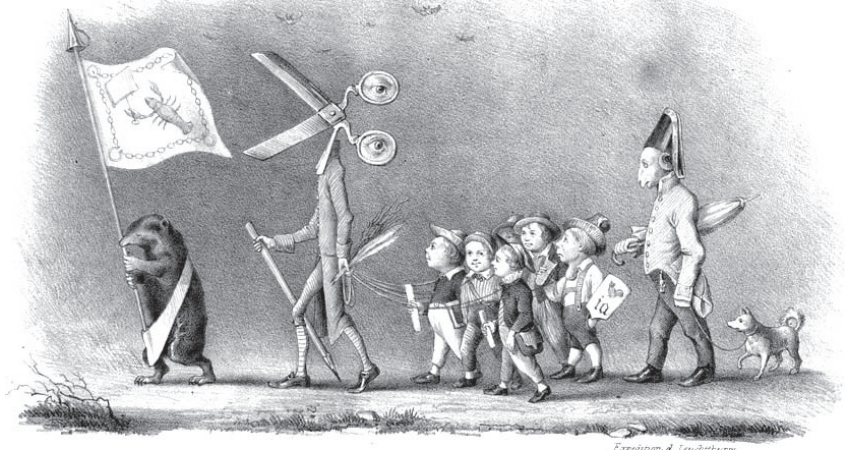
Streit zwischen US-Techkonzernen und der EU

Seltene Blüten treibt der Streit über die Kontrolle der grossen US-Techkonzerne (Apple, Microsoft, Alphabet mit Google und YouTube, Amazon, Meta Plattformen mit Facebook und Instagram). Während europäische Regierungen behaupten, das Gesetz über digitale Dienste (DSA) der EU diene vor allem dem Schutz europäischer Konsumenten vor sogenannter «Hassrede», bestehen sowohl die Techkonzerne wie auch Kritiker des Gesetzes in den USA und in Europa darauf, dass das Gesetz ein Zensurinstrument und ein Versuch zur Steuerung der politischen Meinung sei. (Es handelt sich hier wohlgerne um das DSA, nicht um die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO, die die Rechte der Konsumenten gegenüber den Konzernen stärkt). Tatsächlich ist das DSA ein Mittel, mit dem die EU über verschachtelte, undurchsichtige, aber extrem gut finanzierte Kanäle und angeblich staatsunabhängige NGOs beispielsweise in die rumänischen, die slowakischen, französischen und irischen Wahlen eingriff. Einen ausführlichen Text zum DSA unter dem Titel «Das EU-Zensur-System» hat globalbridge.ch publiziert.

Ukraine

Praktisch alle Fernsehkanäle gehören ukrainischen Oligarchen – eine besondere Vielfalt oder eine antikapitalistische Haltung ist von ihnen nicht zu erwarten. Dazu kommt eine Vereinheitlichung, um nicht zu sagen Gleichschaltung der Fernsehnachrichten unter der Bezeichnung «Tele-

Die «gute» Presse.



Süsse heilige Zensur,
Lass uns gehn auf deiner Spur,
Leite uns an deiner Hand
Kindern gleich, am Gängelband!

Karikatur von 1847: Die gute Presse. Quelle: Wikimedia.

marathon» oder «Die vereinten Nachrichten». Dieses System, das angeblich Desinformation verunmöglicht, also ein Zensursystem ist, wird sogar von der EU kritisiert.

Eine ausserordentlich brutale Zensurmassnahme Privater, die vom ukrainischen Staat nicht nur toleriert, sondern aktiv unterstützt wird, ist die von Rechtsextremisten betriebene Namensliste des «Zentr Mirotvorez». Das Zentrum gibt nicht nur die Personenliste über «Verbrechen gegen die nationale Sicherheit» heraus, sondern auch noch eine zweite Liste namens «Tschistilitschische» – Fegefeuer. Einige der in dieser Liste enthaltene Personen werden bei Gelegenheit immer wieder ohne Prozess erschossen. Betroffene haben so nur noch die Option, entweder zu flüchten oder sich zu verstecken und zu schweigen.

Die Schweiz

Grundsätzlich orientiert sich die Schweiz oft an den umliegenden Ländern und an der EU. Immerhin übernimmt sie nicht alle Sanktionen und Zensurmassnahmen. Der Aufrüstungs-Minister Martin Pfister betonte jedoch kürzlich, dass man das Volk besser bilden müsse (lies: die Propaganda verstärken) und dass man mehr regulieren sollte (lies: zensurieren). Im Blick hat er – wie könnte es anders sein – natürlich Russland.

Eines der Hauptprobleme der Schweiz, gerade im Zusammenhang mit der Selbstzensur (die innere Schere) ist die hohe Medienkonzentration. Neben dem ziemlich staatsnahen Radio und Fernsehen SRG/SRF kontrol-

lieren drei Medienkonzerne etwa 80 Prozent der Medien in der Deutschschweiz und noch mehr in der Westschweiz, nämlich die TX Group (20 Minuten, Tages-Anzeiger, Der Bund, Berner Zeitung, Basler Zeitung, 24 Heures, SonntagsZeitung), Ringier (Blick) und CH-Media (gebündelte Lokalzeitungen). Daneben existieren nur noch wenige unabhängige Zeitungen wie z.B. die NZZ, die jedoch nicht eine grundsätzlich andere Linie als die TX-Group verfolgt, ausser dass sie noch kapitalismus- und NATO-freundlicher ist als jene. Oder die Republik und die WoZ, die freilich nicht mehr den Biss hat, den sie noch zu Zeiten des Journalisten Niklaus Meienberg (1940-1993) zeigte, sondern ausser in einigen Wirtschaftsthemen immer mehr auf einen unreflektierten Mainstream einschwenkt (insbesondere was die Ukraine und Israel betrifft).

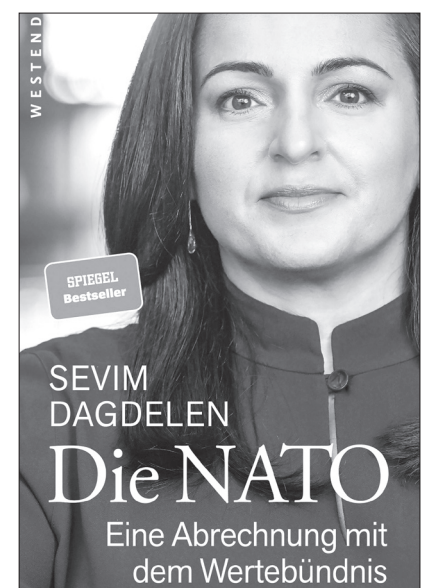
Angesichts dieser Konzentration und Zentralisierung der Medien können wir jungen Journalist:innen nur eines wünschen: Sehr viel Mut und Durchhaltewillen und Bertolt Brecht'sche List: «Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden. Er muss den Mut haben, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie unterdrückt wird; die Klugheit, sie zu erkennen, obwohl sie verhüllt wird; die Kunst, sie als Waffe handhabbar zu machen; das Urteil, jene auszuwählen, in deren Händen sie wirksam wird; die List, sie unter diesen zu verbreiten.»

Buchtipps

Sevim Dagdelen: Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis. Westend Verlag 2024, 128 Seiten.

75 Jahre nach ihrer Gründung scheint die NATO auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Eine blutige Spur sowie drei grosse Mythen ziehen sich durch die Geschichte des «Wertebündnisses» von seiner Gründung bis in die Gegenwart. Heute fordern der Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine, soziale Verwerfungen durch exzessives Hochrüsten sowie die Einkreisung Chinas in Asien den Militärpakt in nie da gewesener Form heraus. Die NATO setzt auf Eskalation.

Sevim Dagdelen ist eine ausgewiesene Kennerin der Materie. Sie ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Politikerin ist ausserpolitische Sprecherin der Gruppe «Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit» (BSW) und Obfrau im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist Mitglied in der Parlamentariergruppe USA, in der Deutsch-Chinesischen sowie Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe. Sevim Dagdelen war



viele Jahre Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Das Taschenbuch kann trotz seinem kleinen Umfang zu Recht als Standardwerk zur Problematik der NATO bezeichnet werden.

(Ueli Schlegel)

Bestellungen bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Vor 75 Jahren eingereicht – immer noch aktuell

We Charge Genocide!

Am 17. Dezember 1951 wurde die US-Regierung vor der UNO beschuldigt, an einem Genozid gegen afroamerikanische Bürgerinnen und Bürger beteiligt zu sein.

Von Martin Schwander

Am 9. Dezember 1948, noch unter dem Eindruck des Holocaust, verabschiedete die UN-Generalversammlung das Übereinkommen zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords.

Über diese Konvention wurde im Zusammenhang mit den Massakern an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen gerade wieder heftig diskutiert und sie könnte auch in Bezug auf die vorsätzliche Aushungerung Kubas ihre Bedeutung erlangen. In ihr wird nämlich der Begriff des Völkermordes, also des Genozids, nicht allein auf die unmittelbare Tötung von Menschen beschränkt, sondern auf alle Handlungen ausgeweitet, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, und zwar durch

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

d) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

USA im Rampenlicht

Kaum war die Konvention im Januar 1951 in Kraft getreten, als bei der UNO auch bereits die erste Klage eintraf. Sie kam vom «Civil Rights Congress», dem 1946 gegründeten Bürgerrechts-Kongress der USA und bezichtigte die Vereinigten Staaten des Genozids an der schwarzen Bevölkerung: We Charge Genocide!

Es war eine einmalige Situation für die USA. Sie, die im Kalten Krieg überall auf der Welt Zensuren auszuteilen begannen, sich selbst in einer Endlosschleife zur Wiege und zum Hort der Freiheit, zur Hüterin der Demokratie hinaufstilisierten und der ganzen Welt ihren «American Way of Life» aufzudrängen und aufzuzwingen versuchten, ausgerechnet sie wurden mit dieser Klageschrift in ein Rampenlicht gezerrt, das sie um jeden Preis vermeiden wollten. «Die USA waren massgeblich an der Verfolgung der Nazis in Nürnberg beteiligt», schrieb US-Autor Alex Hinton vor fünf Jahren in Politico, «und nun richteten ihre Bürger plötzlich den Fokus auf ihr eigenes Land und erhoben die schrecklichsten Anschuldigungen.»

Verfasst wurde die Schrift von William Patterson, einem afroamerikanischen Rechtsanwalt, der bereits bei der Verteidigung der beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti mitgewirkt hatte, und von Paul Robeson, dem wohl populärsten afroamerikanischen Sänger, Bühnen- und Filmschauspieler seiner Zeit. In ihrer 250-seitigen Begründung

stützten sie sich explizit auf die UNO-Konvention von 1948 und forderten die UNO-Vollversammlung auf, sie «möge zur Erkenntnis kommen und durch eine Resolution erklären, dass die Regierung der Vereinigten Staaten des Genozids an den US-amerikanischen Schwarzen schuldig ist. Wir bitten, dass von der US-amerikanischen Regierung verlangt wird, diesem Verbrechen Einhalt zu gebieten und es zu verhindern.»

«We Charge Genocide» erinnert an die über 10 000 Lynchmorde allein seit der Abschaffung der Sklaverei und listet nicht nur minutiös sämtliche damals aktuellen Lynchmorde aus den Jahren 1945 bis 1951 auf, sondern belegt auch, dass jährlich Zehntausende von Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern aufgrund unzureichender Gesundheitsversorgung und anderweitiger Diskriminierung sterben. Zudem stellte sie die überproportionale Vertretung von Schwarzen in den Todeszellen als «legale Lynchjustiz» an den Pranger und wies auf die wesentlich kürzere Lebenserwartung der schwarzen Bevölkerung hin. Von der UNO forderte sie sowohl eine Verurteilung der Vereinigten Staaten wie eine weitreichendere Definition von Völkermord, die auch wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten und die Vorenthaltung von Bildung und eigenständiger kultureller Entwicklung erfasst.

Weggeschwiegen

Geplant war, dass Robeson und Patterson die Klageschrift persönlich der UNO-Vollversammlung überreichen sollten, die im Dezember 1951 in Paris tagte. Robeson liessen die US-Behörden aber schon nicht mehr ausfliegen und entzogen ihm für acht Jahre den Reisepass: Sie fürchteten das Prestige, das der Megastar der Vorkriegsjahre im Ausland immer noch genoss. So wurde die Aktion schliesslich zweige-



Paul Robeson mit der Delegation im UNO-Hauptquartier in New York bei der Übergabe der Klageschrift «We Charge Genocide», 17. Dezember 1951. Quelle: Daily World.

teilt: Patterson flog mit einigen Kopien der Klage nach Paris und Robeson stellte eine Delegation zusammen, die das Dokument am gleichen Tag beim UNO-Menschenrechtsausschuss in New York deponierte.

Die USA widersetzten sich mit aller Kraft, dass die Anklage von der UNO überhaupt zur Kenntnis genommen wurde. So verschwand zum Beispiel eine Kiste mit 120 Exemplaren der Klageschrift, die allen UNO-Delegationen überreicht werden sollte, irgendwo auf dem Flug über den Atlantik und kam nie in Paris an.

Natürlich wies Washington sämtliche aufgelisteten Vorwürfe samt und sonders zurück. Die US-Vertreter behaupteten, das Dokument verbreite Falschinformationen, welche die internationalen Beziehungen gefährden könnten und sei bloss ein kommunistisches Pamphlet, und sie setzten UNO-Beamte und die UNO-Mitgliedstaaten unter massiven Druck, um jegliche Erwähnung, geschweige denn eine formelle Behandlung der Klage zu unterdrücken – letztlich mit Erfolg. Eines konnten sie zwar nicht verhindern: Nämlich, dass die Aktion von Patterson und Robeson und mit ihr die mehr als prekäre Situation der Menschenrechte in den USA weltweit Beachtung fand. Aber die Anklageschrift selbst verschwand schliesslich

spurlos in der Versenkung der UNO-Bürokratie und Patterson erlitt das selbe Schicksal wie Robeson: Sein Reisepass wurde nach seiner Rückkehr in die USA für Jahre konfisziert.

Verbrechen anerkennen

Heute, bald 75 Jahre nach seiner Einreichung, findet «We Charge Genocide» neue Resonanz. So schreibt etwa Ellen Kennedy, Gründerin und Direktorin von «World without Genocide» aus Minneapolis in der «Minnpost»: «Das Erbe der Sklaverei und des Völkermords an der afroamerikanischen Bevölkerung ist unbestreitbar: Ungleichheit in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Strafjustiz, Politik, die kürzlich gemeldeten enormen Unterschiede in den Müttersterblichkeitsraten afroamerikanischer Frauen – jeder Lebensbereich trägt den Makel der Sklaverei. Die USA haben 1951 den Bürgerrechts-Kongress blockiert; heute protestieren rechte Gruppen sogar gegen Gedenkveranstaltungen zum 400. Jahrestag der Sklaverei; und die rassische Ungleichheit ist nach wie vor allgegenwärtig, unlösbar und beschämend. Wir müssen dieses Verbrechen anerkennen, was der erste Schritt zur Gerechtigkeit wäre. We Charge Genocide – Wir erheben Anklage wegen Völkermord.»

Ein kubanischer Schrei in den Sozialen Medien

Offener Brief aus Kuba an die Welt

An die gesamte Menschheit, an die Mütter dieser Welt, an Ärzte ohne Grenzen, an Journalisten mit Würde, an Regierungen, die noch an Gerechtigkeit glauben:

Mein Name ist wie der von Millionen anderen. Ich habe keinen bekannten Nachnamen und kein wichtiges Amt. Ich bin eine einfache Kubanerin. Eine Tochter, eine Schwester, eine Patriotin. Und ich schreibe dies mit gebrochenem Herzen und zitternden Händen, denn was mein Volk heute erlebt, ist keine Krise. Es ist ein langsamer, kalkulierter Mord, kaltblütig ausgeführt von Washington aus. Und die Welt schaut weg.

Für meine Grosseltern

Ich prangere an, dass es in Kuba ältere Menschen gibt, die vorzeitig sterben, weil die Blockade verhindert, dass Medikamente für Herz, Blutdruck und Diabetes ins Land gelangen. Es ist kein Mangel an Ressourcen. Es ist ein gezieltes Verhindern. Unternehmen, die an Kuba verkaufen wollen, werden mit Geldstrafen belegt, verfolgt und bedroht. Ihre Regierungen schweigen. Und währenddessen spürt ein kubanischer Grossvater Druck auf seiner Brust und wartet. Der Tod kündigt sich nicht an. Die Blockade schon.

Für meine Kinder

Ich prangere an, dass es in Kuba Inkubatoren gibt, die wegen Treibstoffmangels abgeschaltet werden mussten. Dass Neugeborene um ihr Leben kämpfen, während die Regierung der

Vereinigten Staaten entscheidet, welche Länder uns Öl verkaufen dürfen und welche nicht. Dass kubanische Mütter das Leben ihrer Kinder in Gefahr sehen, weil ein in einem Büro in Washington unterzeichneter Befehl mehr Gehör findet als das Weinen eines Babys 90 Meilen vor ihrer Küste.

Wo ist die internationale Gemeinschaft? Wo sind die Organisationen, die sich so sehr für Kinder einsetzen? Oder verdienen kubanische Kinder es nicht zu leben?

Geplante Hungersnot

Ich klage an, dass die Blockade eine geplante Hungersnot ist. Es ist nicht so, dass es einfach an Lebensmitteln mangelt. Es ist so, dass man uns daran hindert, sie zu kaufen. Es ist so, dass Schiffe mit Lebensmitteln verfolgt werden. Es ist so, dass Bankgeschäfte blockiert werden. Es ist so, dass Unternehmen, die uns Getreide, Hühnerfleisch und Milch verkaufen, sanktioniert werden.

Der Hunger in Kuba ist kein Zufall. Er ist eine staatliche Politik der US-Regierung, die seit 60 Jahren verfeinert, von jeder Regierung aktualisiert, von Donald Trump verschärft und von Marco Rubio mit Grausamkeit umgesetzt wird. Sie nennen das «wirtschaftlichen Druck». Ich nenne es Terrorismus durch Hunger.

An die Welt

Kuba bittet euch nicht um Almosen. Kuba bittet euch nicht um Soldaten. Kuba bittet euch nicht, uns zu lieben. Kuba bittet euch um Gerechtigkeit.

Nicht mehr und nicht weniger. Ich bitte euch, das Leiden meines Volkes nicht länger zu normalisieren. Ich bitte euch, die Blockade beim Namen zu nennen: es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich bitte euch, lasst euch nicht vom Märchen von «Dialog» und «Demokratie» täuschen, während sie uns den Hals zuschnüren.

Wir wollen keine Almosen. Wir wollen, dass ihr uns *leben* lasst.

An diejenigen, die noch Menschlichkeit in ihren Herzen tragen: Schaut nach Kuba. Schaut, was man diesem Land antut. Und fragt euch: Auf welcher Seite der Geschichte möchte ich stehen?

Von einer ganz normale Kubanerin, die sich weigert, aufzugeben.

mediCuba: Dringender Aufruf

Kein Beitrag ist zu klein: In der Solidarität vervielfacht, wird jeder Franken zu Energie, Gesundheit und Leben für Kuba.

Spenden Sie jetzt auf die angegebenen Konten mit dem Vermerk «Solidarität jetzt» oder via TWINT:

mediCuba-Suisse
Quellenstrasse 25
8005 Zürich
IBAN:
CH60 0900 0000 8005 1397 3

Vereinigung Schweiz-Cuba
4000 Basel
IBAN:
CH97 0900 0000 3003 6190 7

Inserat

Ostermarsch für den Frieden 2026

Wir sind viele – Widerstand gegen Krieg, Gewalt und Unterdrückung stärken!

Angriffskriege, Genozide, ethnische Säuberungen, Bürgerkriege und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung fordern aktuell in verschiedenen Weltregionen hunderttausende Menschenleben. (...)

Viele fühlen sich angesichts dieser Gewalt ohnmächtig und fragen sich, was sie tun können. Wir stehen in einer langen Kette von Menschen, die Widerstand gegen Krieg und Gewalt leisten. Wir sind viele, die sich für Menschenwürde, menschenzentrierte Sicherheit, Völker- und Menschenrechte und einen umfassenden Frieden einsetzen.

Wir fordern vereint:

- einen gerechten Frieden
- volle Solidarität mit den Kriegs-Betroffenen in aller Welt
- die Förderung von Initiativen gegen Aufrüstung
- die Stärkung der UNO, des Völkerrechts und multilateraler Verträge (Minenverbot, Atomwaffenverbot, Verbot von biologischen und chemischen Waffen, usw.)
- eine Förderung von lokalen – und feministischen – Graswurzelinitiativen der Friedensförderung in Konfliktgebieten
- keine Kriminalisierung und Diffamierung der friedenspolitischen Bewegungen
- den Stopp der friedenspolitischen Rückschritte beim Zivildienst und beim Kriegsmaterialgesetz.

Montag, 6. April 2026
Bern, Eichholz an der Aare
13.15h Besammlung
14.30h Schlusskundgebung Münsterplatz



**Basler Frauenbewegung
für Frieden und
Fortschritt
BFFF**

Fabian Scheidler: Friedenstüchtig

Vernunft oder Selbstzerstörung?

Fabian Scheidler legt mit dem Buch «Friedenstüchtig» eine schonungslose Bilanz westlicher Machtpolitik vor: Destabilisierung, Militarisierung, Verschärfung von sozialen Ungleichheiten und Abbau von Grundrechten. Sein Befund ist deutlich – nur zivilgesellschaftlicher Widerstand kann die Spirale der Selbstzerstörung stoppen.

Von Denise Plattner

Fabian Scheidler, geboren 1968 in Bochum, studierte Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitbegründer des unabhängigen Fernsehmagazins Context TV. Sein neuestes Buch, über das wir im Folgenden berichten, ist seit Herbst in der Schweiz erhältlich. Der Autor analysiert vier Fälle aus der jüngeren Geschichte: die Folgen der Anschläge vom 11. September 2001, den Kampf gegen die Covid-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und den Krieg im Gazastreifen.

Zunächst mag es überraschen, dass die Covid-Pandemie inmitten von Ereignissen erwähnt wird, die durch den Einsatz von Waffengewalt gekennzeichnet sind. Dem Autor gelingt es jedoch geschickt, Merkmale herauszustellen, die diese vier tragischen Episoden der jüngeren Geschichte verbinden. Was die Covid-Pandemie betrifft, das Beispiel, das uns hier am wenigsten interessiert und auf das wir nicht näher eingehen wollen, war die Rhetorik von Anfang an kriegerisch, kritische Stimmen wurden stigmatisiert und die individuellen Freiheiten eingeschränkt. Darüber hinaus zeugen die beiden Hypothesen, die hinsichtlich des Ursprungs des Virus aufgestellt wurden, nämlich die An-

steckung durch Tiere oder virologische Forschungsarbeiten, beide von dem, was Fabian Scheidler, ein leidenschaftlicher Verfechter der ökologischen Sache, als «Krieg gegen die Natur» bezeichnet.

Missachtung internationaler Normen

Die Anschläge vom 11. September 2001, der Krieg in der Ukraine, der Krieg im Gazastreifen – in all diesen

Veranstaltungshinweis

Am 20. März organisiert Linksbündig einen Vortrag von Fabian Scheidler über sein neues Buch «Friedenstüchtig» mit offener Diskussion im Anschluss.

Freitag, 20. März
Eintritt frei (mit Kollekte)
Beginn: 19 Uhr
Ort: Volkshaus Zürich

Sitzplatzreservation möglich unter:
kontakt@linksbuendig.ch

Fällen wurde die Infragestellung der westlichen Macht als etwas dargestellt, das aus einem Meer der Unschuld und der Reinheit der Absichten herauskam. Der Krieg in der Ukraine und der Krieg im Gazastreifen haben zu äusserst schwerwiegenden Verletzungen der Meinungsfreiheit geführt, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen, die den beanstandeten Angriffen vorausgingen. Im Falle der russischen Invasion wurden Forderungen nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts stigmatisiert, Pazifismus wurde mit Feigheit oder sogar Vaterlandsverrat gleichgesetzt. Die Unterdrückung der Demonstrationen aus Solidarität mit den Palästinensern war äusserst hart, insbesondere weil Kritik an Israels Vorgehen mit Antisemitismus gleichgesetzt wurde.

Und doch lassen die Darstellung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza und das Ausbleiben einer ausdrücklichen Verurteilung durch die europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, jeden Leser, der guten Willens ist, vor Empörung erstarren. Einmal mehr wird deutlich, wie sehr der Westen die Werte verraten hat, die er vor der Welt zu verteidigen vorgibt.

Der Titel des Werks deutet darauf hin, dass der «globale Westen» sich seine Feinde selbst schafft. Die Darstellung der Politik im Nahen Osten und in der Ukraine, die sich insbesondere in destabilisierenden Regimewechseln und in völliger Missachtung der internationalen Normen zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten äussert, belegt dies hinreichend.

Die Gefahren oder Misserfolge dieser Politik wurden jedoch von zahlreichen amerikanischen Experten aufgezeigt. Und dennoch haben die Vereinigten Staaten ihre selbstzer-

störerischen Unternehmungen fortgesetzt. Das Ergebnis ist nicht nur in militärischer Hinsicht katastrophal. Die Budgets der Armee steigen, während sich die sozialen Ungleichheiten verschärfen. Darüber hinaus etablieren sich schleichend Ausnahmeregelungen, die die politischen Rechte der Bürger und ihre Grundfreiheiten zunehmend einschränken.

Um diesen tödlichen Tendenzen entgegenzuwirken, sieht Fabian Scheidler die Lösung insbesondere darin, dass die Zivilgesellschaft ihr Schicksal selbst in die Hand nimmt und Friedensorganisationen sowie Organisationen, die sich für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit einsetzen, ihre Kräfte bündeln. Er erinnert zu Recht an die riesigen Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, die entscheidend zu dessen Beendigung beigetragen haben.

Bevor es zu spät ist!

Der letzte Teil des Buches trägt den Titel «Vernunft oder Selbstzerstörung». Das gesamte Buch kann in der Tat als Plädoyer dafür verstanden werden, aggressive und räuberische Haltungen aufzugeben, die dem Anderen keinen Raum lassen und ihm jegliche Anerkennung verweigern.

Werden wir gezwungen sein, die Multipolarität zu akzeptieren, nachdem wir Kriege geführt und verloren haben, die wir selbst provoziert haben? Oder werden wir selbst daran arbeiten, sie zu verwirklichen, indem wir alle Chancen erkennen, die sie für eine friedlichere und lebenswertere Welt bietet? – Bevor es zu spät ist!

Dazu sollte man der Empfehlung des Autors folgen: «Wenn jemand Dir sagt, es gelte für das Gute in den Krieg zu ziehen gegen das Böse, prüfe die Guten. Studiere ihre Taten». In dieser Hinsicht muss man zugeben, dass Fabian Scheidler uns unzählige Elemente liefert, die es uns ermöglichen, während einer Lektüre, die durch seinen klaren Stil besonders leicht fällt, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Fabian Scheidler: Friedenstüchtig. Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen. Promedia, Wien, 2025.

Bestellungen bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

US-Angriff auf Venezuela

Frieden nur antiimperialistisch und antikolonial

Von Julieta Daza

In der Nacht zum 3. Januar weckte uns nahe der venezolanischen Hauptstadt Caracas ein Geräusch, das ich bisher noch nie gehört hatte. Meine Familie und ich befanden uns zu diesem Zeitpunkt in der Küstenstadt La Guaira. Zunächst dachte ich, es handle sich um das Donnern eines karibischen Sturms. Doch nach wenigen Minuten bestätigte sich unsere schlimmste Vermutung: Der lang angedrohte US-Militärangriff gegen Venezuela hatte begonnen. Wir hörten Flugzeuge und Raketenexplosionen. Es folgte eine Nacht der Angst und Ungewissheit. In einer solchen Situation bangt man um die Sicherheit der Familie, Freunde und Gemeinde, um die der Kinder und alten Menschen. Keine Bevölkerung auf der Welt sollte eine derartige (überdies nicht provozierte) Attacke einer militärischen Grossmacht erleben müssen. Unsere Gedanken wanderten dabei auch zur Realität des palästinensischen Volkes.

In den nächsten Stunden und Tagen erfuhren wir mehr über die Geschehnisse dieser Nacht. Auf Befehl Donald Trumps war das US-Militär mit über 150 Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen in den venezolanischen Luftraum eingedrungen. Es bombardierte zahlreiche militärische, aber auch zivile Ziele und verschleppte den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Frau, die Politikerin Cilia Flores, in die USA. Dabei wurden über 100 Menschen, darunter Militärs und Zivilisten sowie 32 kubanische Internationalisten, ge-

tötet und 100 weitere verletzt. Eine solche Attacke, die nicht nur gegen das internationale und humanitäre Völkerrecht, sondern auch gegen die eigenen US-Gesetze versties, ist durch nichts zu rechtfertigen.

«Hinterhof» der USA?

Seit August hatte Washington seine Militärpräsenz in der Karibik kontinuierlich mit Schiffen, Flugzeugen und sogar einem Atom-U-Boot verstärkt. In diesem Zusammenhang tötete das US-Militär zwischen September 2025 und Januar 2026 bei Angriffen auf Boote über 110 Männer in den Gewässern der Karibik und des Pazifischen Ozeans. Bei ihnen handelte es sich wahrscheinlich um Fischer, die Washington unter der Beschuldigung des Drogenhandels – jedoch ohne jegliche Beweise vorzulegen – aussergerichtlich hinrichtete. Stolz zeigte Trump und seine Regierungsmitglieder anschliessend die Videos der Angriffe gegen die kleinen und einfachen Boote, bei denen die Angreifer schwer bewaffnet waren. Ende 2025 verordnete Washington zudem eine Seeblockade, die den Erdölexport Venezuelas behinderte, sowie die einseitige Schliessung des venezolanischen Luftraums. Diese Massnahmen, die nur als kolonial und imperialistisch bezeichnet werden können, sind Teil einer 2015 begonnenen US-Wirtschaftsblockade mit etwa 1000 einseitigen Sanktionen, die das Leben der Bevölkerung Venezuelas tief beeinträchtigt haben. Die USA beanspruchen seit jeher ein angebliches

Recht über Lateinamerika und die Karibik, die sie beleidigend als ihren «Hinterhof» bezeichnen. 1823 erklärten sie unter der Devise «Amerika den Amerikanern» die sogenannte Monroe-Doktrin zum Prinzip ihrer Aussenpolitik. Angesichts des Niedergangs der US-Hegemonie greift Washington die nie beiseite gelegte Monroe-Doktrin mit der aktuellen «Nationalen US-Sicherheitsstrategie» wieder auf.

Tatsächlich zeigen die ständigen Drohungen der USA gegen Kuba, Kolumbien und Mexiko, dass nicht nur Venezuela, sondern unsere gesamte Region gefährdet ist. Das erdölbereiche Venezuela, das 1999 zudem einen linksgerichteten politischen und sozialen Veränderungsprozess begann, war dem US-Imperialismus jedoch ein Dorn im Auge. Trotz Blockade und wiederholter Versuche, das Regime zu stürzen, hat er seine Ziele im Land nicht erreicht. Dadurch sind die Bedingungen in Venezuela heute schwierig. Das venezolanische Volk ist jedoch im Widerstand geübt. Es ist ein Volk des Friedens, des Dialogs, der karibischen Vielfalt und Magie. Der Irrationalität imperialistischer Kriege und der kapitalistischen Plünderung von Völkern und Natur müssen wir international mit Organisation, Mobilisierung und Solidarität entgegentreten.

Julieta Daza ist Aktivistin aus Caracas in Venezuela.

Quelle: Zeitung gegen den Krieg.

Lieber Dima

Mit grosser Trauer haben wir deinen Abschied entgegengenommen. Du hast uns so beglückt mit deiner Präsenz, auf einmal warst du da, mitten unter uns, einer von uns, immer guten Mutes, freundlich, rücksichtsvoll, immer mit vielen Ideen in dir, hast du unseren Kreis bereichert, verstärkt und fröhlich gemacht. Mit deinem feinen Humor, deinem freundlichen Lächeln und deiner Offenheit hast du schnell zu allen von uns Kontakt gefunden und bist zu einem sehr geschätzten Mitglied unserer Vereinigung geworden. Vieles von deiner Biografie, vieles von deinem kurzen Leben ist noch nicht an die Oberfläche vorgestossen, zu wenig lang warst du unter uns.

Mit grossem Dank denken wir an dich und deine Zeit mit uns, du hast uns beglückt und froh gemacht, dein Wesen weilt immer noch unter uns, erwärmt unsere Seelen mit deiner ganz eigenen Art und deiner Menschlichkeit. Wir wünschen dir viel Licht und berührende Erlebnisse auf deinem Weg, wir reisen in Gedanken mit dir, alles Gute und tausend Dank.

Deine Freunde von der SFB-Lokalgruppe Zürich



**Dmytro Sierhieiev
(Dima)**

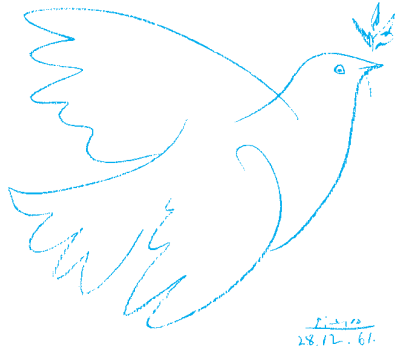
28. November 1999 – 26. November 2025

**Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Kollegen,
Aktivisten für den Frieden,
Kämpfer für Gerechtigkeit für Palästina.**

**Dima ist unter
seinem ursprünglichen Namen
Igor Tsybenko
auf dem Friedhof Feldli in
St. Gallen beigesetzt**

**Schweizerische Friedensbewegung SFB
Kommunistische Jugend Schweiz KJS**

ISSN 1423-6826
mail@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Chronologie des Ukraine-Kriegs

Bis zum letzten Ukrainer

Von «klassischen» Offensiven zum Abnutzungskampf mit Drohnen. Der offene Krieg zwischen der Ukraine und Russland dauert inzwischen seit über vier Jahren an. Die Positionen auf beiden Seiten sind verhärtet, ein Ende des Konflikts bleibt weiterhin ausser Sichtweite.

Von Reinhard Lauterbach

In Russland heisst der Ukraine-Krieg offiziell auch nach vier Jahren nach wie vor «militärische Spezialoperation». Geplant war er auch tatsächlich als solche: ein Handstreich auf Kiew, die Entmachtung der Selenskiy-Gruppe und die mögliche Installation einer russlandfreundlicheren Mannschaft in der Ukraine. Daraus ist bekanntlich nichts geworden.

Die Landung russischer Fallschirmjäger auf dem Werksflugplatz der Antonow-Fabrik im Norden von Kiew, um diesen als vorgeschobenen Stützpunkt zu gewinnen, endete im ukrainischen Abwehrfeuer. Russische Panzerkolonnen rückten aus mehreren Richtungen auf Kiew vor, in geordneter Formation, wie im ersten Tschetschenien-Krieg Mitte der 1990er Jahre. Das ging ebenso schief wie schon damals. Die Ukraine war von den USA mit mobilen Panzerabwehrraketen ausgestattet worden, die Russen hatten hohe Verluste. Nach vier Wochen kam der russische Vorstoss auf Kiew zum Stehen. Ob es wirklich eine Geste guten Willens war, als welche Russland den Rückzug seiner Einheiten aus den Kiewer Vororten gegenüber der Öffentlichkeit darstellte, kann man im Nachhinein dahingestellt sein lassen. Völlig von der Hand zu weisen war es nicht: Die ukrainische Führung nahm Gespräche mit Russland in Istanbul auf; ein Abkommen, mit dem beide Seiten vielleicht hätten leben können, gelangte bis zum Paraphierungsstadium. Dann brach die Ukraine die Gespräche ab. Offiziell unter dem Eindruck der vielen in Butscha und Irpin gefundenen toten Zivilisten, halboffiziell auch wegen der Einflüsterungen des zur Verhinderung eines Abschlusses nach Kiew gekommenen damaligen britischen Premierministers Boris Johnson und seiner Zusage, der Westen werde die Ukraine «weiter unterstützen».

Der beste Deal

Wer die Gespräche letztlich zum Scheitern brachte, ist bis heute nicht klar. Westliche Quellen beschuldigten Wladimir Putin persönlich, den von seiner Delegation ausgehandelten Kompromiss zurückgewiesen zu haben. Eine Analyse der «Welt» vom April 2024 aber zitiert ein damaliges Mitglied der ukrainischen Verhandlungsdelegation mit den Worten, die damalige Einigung sei «der beste Deal» gewesen, den die Ukraine hätte haben können. Was auch eine Mitverantwortung der Ukraine dafür impli-

ziert, dass es zur Einigung 2022 nicht gekommen ist.

Seitdem haben sich die politischen Forderungen beider Seiten radikalisiert. Die Ukraine hoffte vor dem Hintergrund ihres Erfolgs bei der Abwehr der russischen Angriffswelle auf Kiew offenkundig, den Konflikt militärisch für sich entscheiden zu können. Russland musste im Sommer und Herbst 2022 bedeutende militärische Rückschläge hinnehmen, etwa den Verlust der Kontrolle über die grenznahen Gebiete Sumi, Tschernihiw und Teile des Bezirks Charkiw. Im November 2022 schliesslich zog sich Russland aus den im Frühjahr von ihm eroberten Teilen der Bezirke Cherson und Mikolajiw auf dem rechten Ufer des Dnipro zurück.

Gescheiterte Offensive

Die – zum heutigen Stand – militärische Wende des Krieges erfolgte im Sommer 2023. Die ukrainische Armeeführung bereitete eine grossangelegte Sommeroffensive zur Rückeroberung des Geländestreifens an der Nordküste des Asowschen Meers vor. Das operative Ziel war klar: den dort erzielten russischen Landzugang zur Krim zu unterbrechen und die Halbinsel in Reichweite einer künftigen zweiten Offensive zu bringen. Doch der Angriff schlug unter hohen Verlusten fehl. Russland hatte nach seinen Niederlagen im ersten Kriegsjahr den Winter genutzt, um die besetzten Gebiete im Süden gegen genau die Art von Angriff zu befestigen, die die Ukraine dann startete: einen traditionellen mechanisierten Angriff mit Panzerunterstützung unter Nutzung der in der Zwischenzeit vom Westen gelieferten schweren Waffen. Woran die Offensive gescheitert ist, wird von ukrainischer bzw. westlicher Seite unterschiedlich eingeschätzt. Die ukrainische Seite warf den westlichen Unterstützern vor, zu wenige schwere Waffen zu spät geliefert zu haben. US-Militärs dagegen beklagten, die ukrainische Armee habe sich auf einem zu breiten Frontabschnitt verzettelt, anstatt an einer Stelle – vorzugsweise im Süden – den raschen Durchbruch anzustreben.

Die Sommeroffensive 2023 markiert auch den Eintritt einer vorher so nicht bestehenden neuen Waffen-gattung in das Kriegsgeschehen: der Drohnen. Hatte zunächst die Ukraine technologische und operative Vorteile bei der Produktion dieser Einheiten, so holte Russland nach und nach auf und ist heute in der Lage, höhere dreistellige Zahlen von Täuschungs- und Angriffsdrohnen gleichzeitig gegen Ziele in der Ukraine zu lenken. Entlang der Front hat sich eine mehrere Dutzend Kilometer tiefe «Todeszone»

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB
Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Stefano Araújo, Farah Grütter, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4000
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie Mitglied der Friedensbewegung werden, uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!



Friedenskundgebung in Stuttgart, 2023. Quelle: zVg.

gebildet, in der – auf jeder Seite – alle Bewegungen grösserer Truppenteile sofort in Gefahr geraten, entdeckt und zerschlagen zu werden. Damit ist auf beiden Seiten die infanteristische Stosstrupptaktik wieder in den Vordergrund gerückt. Panzer sind dagegen seit 2023 kaum noch in grösseren Verbänden eingesetzt worden.

Auf Dauer verfeindet

Russland scheint unter dem Strich eingesehen zu haben, dass es seine bisherige Ukraine-Politik, die von der stillschweigenden Voraussetzung ausging, es gebe zwischen Russen und Ukrainern tiefe und im Prinzip wiederherstellbare historische Bindungen, so nicht mehr wird fortsetzen können. Es verlangt nun seinerseits Sicherheitsgarantien, die allerdings praktisch die alten Friedensbedingungen in neuem Gewand sind. Anfang Februar sagte Aussenminister Sergej Lawrow, Russland suche nicht zwangsläufig eine verbündete Ukraine, sondern eine, die Russland gegenüber eine «dauerhaft wohlwollende Neutralität» bewahre. Wie wenig realistisch selbst dies ist, scheint man inzwischen in Moskau begriffen zu haben.

Denn dass mit der gegenwärtigen ukrainischen Führung unter Selenskiy eine Lösung immer unrealistischer wird, zeigt ein anderes Detail. Mitte Februar holte die – von den USA gegründete und aktuell von der EU finanzierte – ukrainische Antikorruptionsbehörde an der Grenze den im November entlassenen Energieminister German Galuschtschenko aus dem Zug nach Warschau und eröffnete ihm eine Anklage wegen Korruption und Unterschlagung in erheblichem Umfang. Er soll über 110 Millionen US-Dollar in eine eigens gegründete Stiftung auf den Marshallinseln eingebracht haben, die er zuvor als Kickback-Zahlungen von Lieferanten der ukrainischen Atomenergiebranche erpresst haben soll.

Ähnliche Vorwürfe schweben über grossen Teilen der ukrainischen Führung. Deshalb hält sie – bis hinauf zu Selenskiy – daran fest, den Krieg lieber fortzusetzen, als sich auf einen «schlechten Frieden» einzulassen, der sie Neuwahlen und das Risiko kosten würde, ihre bisherige Amtsimmunität zu verlieren. Die EU unterstützt diese Haltung, wie im Februar bei der «Sicherheitskonferenz» in München ein weiteres Mal deutlich wurde: Wenn

die Ukraine jetzt «kapitulieren» würde, wäre «Europa» das nächste Objekt «russischer Aggression», so in München der britische Premier Keir Starmer. Das passt zwar nicht ansatzweise zu den ukrainischen Erklärungen über angebliche millionenfache Verluste der russischen Armee in der Ukraine, aber um Logik geht es nicht mehr, wenn das Überlebensinteresse einer im ukrainischen Fall persönlich und im EU-europäischen Fall politisch am Fortgang des Krieges interessierten Führung auf dem Spiel steht. Auf EU-Ebene steht Anfang März die Entscheidung an, ob zumindest für den männlichen Teil der ukrainischen Kriegsflüchtlinge der «vorläufige Schutzstatus» beendet wird – damit

sie «ihrer Pflicht nachkommen und ihr Land verteidigen», wie es deutsche Unionspolitiker formuliert haben. Sollte dies so kommen, darf sich die EU direkt verantwortlich dafür fühlen, Tausende arme Teufel in den Tod geschickt zu haben.

Warum die USA den Ukraine-Krieg offenbar inzwischen leid sind und dem Anschein nach auch gegen die unmittelbaren Interessen der Ukraine auf einen Waffenstillstand drängen, ist nicht schwer zu bestimmen. Er kostet sehr viel Geld, und wessen Fahne über Donezk oder Slawjansk weht, ist aus US-Sicht gleichgültig. Von dort betrachtet, hat der Krieg die strategische Aufgabe erfüllt, Russland und die Ukraine auf Dauer zu verfeinden. Insofern ist, Trump hin oder her, das alte Ziel von Zbigniew Brzezinski, eine Wiederherstellung des «russischen Imperiums» zu verhindern, nach menschlichem Ermessen erreicht. Leidtragende ist die ukrainische Bevölkerung, die im besten Fall noch Jahre unter behelfsmässigen Bedingungen existieren müssen. Bleiben wird ein Spannungsherd in Osteuropa, der über Jahrzehnte am Köcheln gehalten werden kann, wenn die Ukraine erst Mitglied der EU geworden ist und dort ein Vetorecht gegen hypothetische künftige Entspannungsüberlegungen einlegen könnte. Russland ist nicht besiegt worden, wie der Westen hoffte. Es hat aber auch nicht gesiegt. Mindestens ein fünftes Kriegsjahr wird uns wohl noch bevorstehen.

Quelle: junge Welt, Kürzung: UW.

Donnerstag, 19. März 2026, 20.00 Uhr

Politforum Käfigturm

Marktgasse 67

Bern



Vortrag und Diskussion mit
Prof. Dr. Wolf Linder

Schweizerische Friedensbewegung (SFB) Bern
www.friedensbewegung.ch

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
25. Februar 2026